

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Postgebühr 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,00 Mark.

Stuttgart
4. März 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zundel), Wilsbelmshöhe,
Post Begeck bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furebad-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Mädchenhandel. — Spezialisierte Agitation unter den Frauen. Von
Luise Zieg. — Die Fenerung. (Für die Les- und Diskussions-
abende.) Von Käthe Dunder. — Den Müttern der darben-
den Jugend. Von B. Selinger. — Ein Pionier. Von Meta L. Stern.
— Die Tarifverneuerung in der Holzindustrie. Von Sk.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Bericht über die Tätig-
keit der Genossinnen des fünften sächsischen Wahlkreises im Vereins-
jahr 1910/11. — Agitationsliteratur. — Pauline Hennig † —
Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau.
— Die Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.
— Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Kinderarbeit.
— Soziale Gesetzgebung. — Landarbeiterfrage. — Frauenstimm-
recht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Frauenbewegung.

Mädchenhandel.

Die Verhandlungen des Reichstags haben vor kurzem eine der schmerzhaftesten sozialen Erscheinungen unserer Zeit gestreift: den Mädchenhandel, der zu der „Ehrbarkeit“ der bürgerlichen Ehe und des bürgerlichen Geschäfts gehört, wie die Ausbeutung des Menschen zur Herrschaft des Besitzes, wie der Diebstahl zum Eigentum. Die Regierung hatte den Entwurf eines Ausfuhrungs-gesetzes zu dem internationalen Abkommen vom 4. Mai 1910 vorgelegt, das sich gegen den Mädchenhandel wendet. Danach sollen auch im Deutschen Reich die von dieser Konvention erfassten Praktiken des Mädchenhandels ohne weiteres unter die strafbaren Handlungen fallen, wegen deren eine Auslieferung auf Grund der Verträge mit den Staaten erfolgt, für welche das Abkommen gilt. Es erstreckt sich auf folgende dreizehn Länder: Deutschland, Österreich-Ungarn, die Niederlande, Dänemark, Schweden, Rußland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Portugal und Brasilien. Die Redner aller Parteien — vom Konservativen bis zu dem Sozialdemokraten — stimmten in dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des schändlichen Handels mit Lustflavinnen überein. Naive Gemüter konnten wähnen, daß die einander sonst heftig bekämpfenden Vertreter gegensätzlicher sozialer Interessen sich über Nacht zu einem großen Tugendbund zusammengesunden hätten. Welch ein Erfolg „positiver Arbeit!“

Wer wäre „dogmenfanatisch“ genug, angesichts des schönen Eifers der bürgerlichen Parteien, der Moral zu ihrem Rechte zu verhelfen, sich an verschiedene „Kleinigkeiten“ zu erinnern. So an die innere Wesensverwandtschaft der Konservativen mit den Landwirtschaftsbündlern, deren große Tagungen in Berlin von Dinen und Zuhältern sehnsüchtig als die ertragreichen Jahresmessen ihres Gewerbes erwartet werden. Oder vielleicht an die Zähigkeit, mit der liberale hamburgische Senatoren die Existenz der bekannten „modernen“ Einrichtungen der Hansestadt verteidigen, „die nicht Vordelle im polizeitechnischen Sinne des Wortes sind“. Schließlich gar an die antisemitische Hand, die den Mantel einsichtigen, weitherzigen Verstehens und Verzeihens über die „Triole“ des echten Germanen Schack zieht, derweilen der antisemitische Mund dazu

aufruft, „jeden jüdischen Mädchenhändler an dem ersten besten Baume aufzuhängen“.

Die sozialen Dinge haben ihre eigene Logik, die über den Absichten, Worten und Taten der Menschen steht. Und sie mischt dem Kampfe der bürgerlichen Gesellschaft gegen die geschlechtliche Unmoral stets eine Dosis Verlogenheit und Heuchelei bei, mögen die einzelnen Träger des Kampfes persönlich noch so ehrlich, noch so überzeugt sein. Die Bestrebungen zur Unterdrückung des Mädchenhandels können sich diesem Loos nicht entziehen, denn das freßende Übel, das sie ausrotten wollen, ist unlöslich mit dem Wesen der kapitalistischen Ordnung selbst verwachsen. Bei der Zustimmung zu dem Gesetzentwurf konnte sich die kompakte Mehrheit eines parlamentarischen Blocks von Bethmann Hollweg bis Bebel zusammenfinden. In der Würdigung des ursächlichen Zusammenhangs zwischen Mädchenhandel und bürgerlicher Gesellschaft dagegen stand die Sozialdemokratie in jener „glänzenden Isolierung“, die ihre größte Stärke ist, weil sie die Augen der Massen außerhalb der Parlamente auf die Natur der herrschenden sozialen Ordnung zwingt und damit wachsende Heere von Kämpfern gegen eben diese Ordnung um sich scharf. Wir bedauern daher die Selbstbeschränkung, mit welcher der sozialdemokratische Redner, Genosse Göhre, darauf verzichtet hat, ein breit und wichtig hingestrichenes Bild von den großen und dauernden Ursachen des Mädchenhandels der Gemütung gegenüberzustellen, mit der die bürgerlichen Politiker die endlich erreichte bescheidene gesetzgeberische Reform feierten.

Bescheiden in ihren Wirkungen zur Tilgung eines Schandflecks der Zivilisation auch dann noch, wenn die internationale Gesetzgebung den „sich lückenlos schließenden Ring“ von Bestimmungen schmiedet, den Genosse Göhre gegen die raffinierten Händler mit den Leibern und Seelen unglückseliger Frauen forderte. Denn solche Bestimmungen — mit welchem juristischen Scharfsinn sie auch formuliert sein mögen — werden in der Hauptsache nur Gesellen fassen, die die Ausnutzung der Konjunktur auf dem internationalen Lastermarkt zu ihrem Gewerbe machen. Sie sind aber ohnmächtig, den Kräften zu wehren, die diesen Markt selbst schaffen, die die Nachfrage nach käuflichem Geschlechtsverkehr erzeugen, wie auch das Angebot zu seiner Befriedigung.

Auf das Warten und die Macht dieser gesellschaftlichen Kräfte lenkt schon der Umstand die Aufmerksamkeit, daß — von Brasilien abgesehen — die amerikanischen Staaten und die Kolonialländer Großbritanniens, des bibelstarken, präden Albions, dem internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels bis jetzt noch nicht beigetreten sind. Es sind das die sogenannten „Importländer“ des entsehligen Geschäfts. Sind sie etwa der Konvention ferngeblieben, weil in ihnen das durchschnittliche Sittlichkeitsempfinden viel niedriger wäre als in den vertragsschließenden Ländern? Das glaube, wer die Postilenzgerüche nicht wahrnimmt, die den Lasterhöhlen der großen europäischen Residenz- und Hafenstädte entsteigen; wer nie sich vor Abscheu geschüttelt hat, wenn skandinavische Schriftsteller und Schriftstellerinnen die Syphilisation und geschlechtliche Unmoral

der oberen Zehntausend in ihrer Heimat mit dem erbarmungslosen Naturalismus wissenschaftlicher Forscher bloßlegte; wer auch nicht einen Tropfen von den Schmutzplacken geschaut hat, die die Garden-Wolke-Eulenburgerprozesse enthüllt haben. Nicht die rückständige Sittlichkeit, die fortgeschrittene kapitalistische Entwicklung ist in unserem Falle das Entscheidende.

Die „Importländer“ sind Neuland der kapitalistischen Kultur. Noch rascher als in dem alten Europa stampft diese hier große Industrie- und Handelszentren aus dem Boden und häuft in ihnen meist eine überwiegend männliche Bevölkerung an. Unter ihr befinden sich viele Unverheiratete, weil nicht nur der verhältnismäßige Mangel an Frauen die Verheiratung verhindert, sondern auch die Unsicherheit, das abenteuerliche Hin und Her der Existenz. Um die Menschen brütet die Treibhausstille eines Milieus, in dem sich die ältesten und rohesten mit den modernsten und raffiniertesten Instinkten und Praktiken des Hungers nach Gold und Genuß paaren. Der grausame Konkurrenzkampf ertötet feinere Regungen des Innenlebens und läßt zur Ausspannung der gequälten, zerrütteten Nerven nach grobem Sinnentau mel statt nach Erhebung verlangen. Bittere Not und brennende Beutegier führen den neuen Herrschaftsgebieten des Kapitalismus in großer Zahl Schiffbrüchige zu, Glücksritter, Leute ohne Durchbildung des Geistes und Charakters, ohne inneren Halt, Verzweifelte und Verwegene, für die es keine Skrupel mehr gibt. Vielerorts steigern klimatische Einflüsse und regellose, eigenartige Lebensbedingungen das geschlechtliche Triebleben. In manchen kolonialen Besitzungen tut die Unvernunft der Beamten ein übriges, den Raum für die Prostitution zu erweitern. Man vergesse nicht das Verbot der Ehe zwischen Weißen und eingeborenen Frauen, das Herr Dr. Solf als Gouverneur von Samoa erlassen hat; die Entrechtung, die die Herren Dernburg und v. Schuckmann über die Weißen in Südwestafrika verhängten, die mit eingeborenen Frauen im Konkubinat lebten. Überhaupt trägt der Imperialismus mit seinen erwerbenden Soldaten, „verteidigenden“ Schutztruppen, verwaltenden Bureaokraten, mit seinen erwerbstollen Pflanzern, Industriellen, Händlern und Spekulanten, mit seinem System der „Pfandweiber“ und der „flotten Cousinen“ der Puttkämmerlinge geschlechtliche Zügellosigkeit und Ausschweifung über die Welt, damit aber auch den schmutzigen Handel mit Frauenfleisch. Wo immer der triumphierend über den Erdball rasende Kapitalismus sich einmischt, da schafft er wie für andere Gewerbe auch einen Markt für die Prostitution, die Wein von seinem Wein und Fleisch von seinem Fleische ist.

Einen Markt, auf dem infolge der oben angedeuteten Umstände die Nachfrage nach Dirnen meist das Angebot davon übersteigt. Zwar peitscht die emporblühende Industrie der überseeischen Länder mit harter Fron und Hungerlöhnen Scharen ausgebeuteter Frauen und Mädchen als Verkäuferinnen ihres Leibes in die Straßen. Die Ausbeutung der Fabrikarbeiterinnen in den Südstaaten der nordamerikanischen Union, das Elend der Heimarbeiterinnen in New York und anderen Städten des Ostens kuppelt Tausende dem Laster. Es gibt jedoch noch Gegenden und Erwerbsgebiete, in denen die geringe Zahl der Frauen zur Versorgung der meisten durch die Ehe führt und der weiblichen Arbeit „Seltenheitswert“ verleiht. Wie die Länder neuer kapitalistischer Kultur zunächst und oft noch lange auf die Einfuhr industrieller Erzeugnisse, auf die Einfuhr der Ware aller Waren angewiesen sind — der menschlichen Arbeitskraft —, so kommen sie auch ohne den Import der Prostitutionsware nicht aus. Wo aber die Ware menschliche Arbeitskraft in der einen oder anderen Form gehandelt wird, da entwickelt sich auch in der einen oder anderen Form der Schacher mit der anderen menschlichen Ware: Frauenleiber. Diese Tatsache geht durch die Geschichte, seitdem die Herrschaft des Privateigentums den lebendigen Menschen zur Beute des toten Besitzes werden ließ. In krafftester, greifbarster Gestalt bringt das der Mädchenhandel zum Ausdruck, der die Märkte seiner „Importländer“ mit weißen Lustflabinnen versorgt, wie früher der Handel der frommen Engländer, Hol-

länder, Portugiesen und Spanier den Plantagenbesitzern schwarze Arbeitsflabinnen lieferte.

Was vermag an diesen Zusammenhängen, die ihre Opfer fordern, das Verbot der Bordelle zu ändern, von dem sich Genosse Göhre das Schwinden des Absatzgebiets für den ruchlosen Handel verspricht? Herzlich wenig. Wir stimmen der Forderung selbst gewiß zu, weil ihre Verwirklichung unserer Meinung nach das traurige Los der Dirnen etwas zu mildern vermag. In den Bordellen fallen sie der härtesten Ausbeutung durch die gemeine Kunst der Wirte, Kuppler usw. anheim, bleiben durch ewige Schulden an ihr schmachvolles Gewerbe gefesselt und finden kaum je die Möglichkeit, sich arbeitend aus dem Schmutz wieder zu erheben. Die Illusion können wir jedoch nicht teilen, daß die Schließung der Bordelle dem Mädchenhandel selbst den Boden abgräbt. Sie mag die „Mühen und Gefahren des Gewerbes“ steigern, sie trifft es nicht an der Wurzel. Ringel-Rangel, Varietés, Animierkneipen, einzelne Zuhälter werden Abnehmer der gewinnbringenden lebendigen Ware bleiben, solange die Bedingungen fortbestehen, die Männer als ihre Käufer erscheinen lassen, die auf der anderen Seite aber auch die Verkäuferinnen feiler Umarmungen erzeugen.

Es ist uns nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels eingehend die sozialen Zustände darzulegen, die den Mädchenhändlern ihre Opfer ins Garn treiben. In der Hauptsache sind es die nämlichen, die in den Zimmern der öffentlichen und geheimen Prostitution hinabstoßen. Genosse Göhre hat eindringlich auf sie hingewiesen. Als erfolgreichster Zutreiber der Händler erweist sich die Not, denn auch Unwissenheit, Unerfahrenheit, Leichtsinns sind nur zu oft ihre Kinder. Die fette Jugend hat es leicht, über das hungrige Laster des jungen Dinges den Stab zu brechen, das aus dem grauen, rauhen Eimerlein seiner mühsalbeschwerten, darbenenden Existenz nach etwas Freude und Genuß drängt und glänzenden Lokationen zu wenig Charakterstärke entgegenstellt. Die Not aber, die in hundertfältiger Gestalt die Geschäfte der Mädchenhändler besorgt, ist der Schatten des Reichums, den die ausgebeutete Arbeit schaffen muß, solange die kapitalistische Ordnung dauert. Die großen „Exportzentren“ der gemeingefährlichen Vurschen finden sich bezeichnenderweise in Ländern, Gegenden und Berufsgruppen, in denen sich der ausbreitende Kapitalismus noch einem ungezügelten Raubtier gleich auf die Habentracht stürzt, weil diese selbst nicht über sein Wesen aufgeklärt sich zum bewußten Kampfe gegen ihn zusammengeschlossen haben. Diesem Stande der Dinge entsprechend hat Genosse Göhre mit Recht betont, daß die gesetzlichen Maßregeln gegen den Mädchenhandel selbst durch eine großzügige soziale Reformpolitik ergänzt werden müssen. Wir fürchten jedoch stark, daß auf diesem Rhodus die wenigsten der tugendbesessenen bürgerlichen Politiker tanzen werden, die im Namen ihrer Parteien die volle Schale ihrer sittlichen Empörung über die Mädchenhändler ausgeschüttet haben. Die Probe aufs Exempel wird der Kampf des Proletariats sein gegen Zoll- und Steuerwucher; gegen Militarismus und Imperialismus; gegen Gesindeordnungen und Ausnahmerecht für die ländlichen Arbeiter; der Kampf für die gesicherte Koalitionsfreiheit und die volle Demokratisierung des Wahlrechts, die Einführung des Frauenwahlrechts inbegriffen.

Das Geschick der betrogenen und betörten Opfer der Mädchenhändler ist so entsetzlich, daß wir es begrüßen, wenn es internationalen gesetzlichen Verträgen gelingt, jährlich auch nur ein Dutzend von Hunderten der Bedauernswerten den Fängen ihrer Verderber zu entreißen. Allein wir verlieren nicht die Tatsache aus dem Auge, daß die kapitalistische Ordnung, dem Ziele solcher Gesetzesakte spottend, ihre Wasser weiter auf die Mühlen der skrupellosen Geldjäger treibt. Solange diese Ordnung große Scharen von Männern in dem täuschlichen Geschlechtsgegnuß ein Surrogat für reine Liebe, eine Entschädigung für den Druck und den Schmutz einer Handelsehe suchen läßt; solange sie große Scharen von Frauen zwingt, mit dem Verkauf ihres Körpers das Brot zu erwerben, das

eheliche Arbeit ihnen nicht sichert: wird auch der Mädchenhändler so wenig wie der Zuhälter, die Skupplerin und Gelegenheitsmacherin aus dieser besten und sittlichsten aller Welten verschwinden. Die Preise für die „Ware“ des schmachvollen Gewerbes werden der Aufwärtsbewegung des „Gefahrenrisikos“ folgen, die als Wirkung scharfer gesetzlicher Maßregeln eintritt. Der Gewinn bleibt und lockt, und auf jeden Mädchenhändler, der in den Maschen der Gesehe hängen bleibt, kommen mindestens ein halbes Duzend, die ihnen zu entschlüpfen wissen.

Den Nutznießern und Verteidigern der bürgerlichen Gesellschaft aber steht es am allerwenigsten an, sich über diese dunklen Nichtgenkten billig zu entrüsten. Deren fluchwürdiges Tun verkörpert nur in häßlichster Gestalt den Grundfalsch, der das Getriebe der bürgerlichen Welt beherrscht: non olet, Geld stinkt nicht, auch wenn es aus den Kloaken der Prostitution aufgehoben wird. Eine Tatsache, die von der Laufbahn jedes Mädchenhändlers erhärtet werden kann, wenn er gerieben genug ist, sich nicht ertwischen zu lassen und seine Tage als geachteter, staatsstreuer Privatier zu beschließen, der Kirchenfenster stiftet und Jünglingsvereine begüßert. Warum auch nicht? In dieser Gesellschaft neigen sich die sittenstrengsten Frauen und Männer vor der Mutter, die sich einen ruhigen Lebensabend sichert, indem sie die reine Tochter einem abgelebten Greis ins Ehebett zwingt. Staatsmänner werden dekoriert, wenn sie „zur Wahrung dynastischer Interessen“ ein Fürstenkind dazu bestimmen, eine Krone unter Preisgabe der ererbten Konfession zu erschachern und einen ungeliebten Gatten mit in den Kauf zu nehmen. Die Sozialdemokratie ist unsittlich genug, Schmutz für Schmutz zu halten, auch wenn ihn der Hermelin deckt oder die Kirche mit ihrem Segen besprengt. In der bürgerlichen Gesellschaft aber ist Schmutz Gold, sobald er nur einen Markt findet, auf dem er Kurs hat und mit Profit gehandelt werden kann.

Wer sich an den Boden dieser Gesellschaft klammert und von ihrem Geiste erfüllt den Kampf wider Mädchenhandel und Prostitution aufnimmt, gerät sozial und moralisch in den bekannten fehlerhaften Kreis, aus dem es kein Entrinnen gibt. Dies den Massen zum Bewußtsein zu bringen und sie zum Kampfe gegen den Kapitalismus zu führen, das bleibt die positivste Leistung der Sozialdemokratie, um dem Mädchenhandel durch Reformen entgegenzuwirken, um ihn mit der Aufhebung des Privateigentums und der Herrschaft des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.

Spezialisierte Agitation unter den Frauen.

In Nr. 11 der „Gleichheit“ haben wir die Notwendigkeit einer intensiven Agitation besprochen, die alle Möglichkeiten ausnützt. Wir haben die verschiedenen Methoden dargelegt, die anzuwenden sind, um die durch den Wahlkampf aufgerüttelten Frauenmassen organisatorisch zu erfassen und sie für den Klassenkampf zu schulen. Dabei haben wir der bestehenden Einrichtungen gedacht, die diesen Zwecken dienen, und haben ihren Ausbau, sowie die Schaffung von Neueinrichtungen angeregt.

Heute möchten wir eine andere, uns sehr wichtig dünkende Frage besprechen, nämlich die der spezialisierten Agitation unter den Frauen. Bis heute haben wir uns bei unserer Agitation ganz allgemein an das weibliche Proletariat gewandt. Die mündliche und schriftliche Agitation war in der Hauptsache zugeschnitten auf die Arbeiterfrauen und die Industriearbeiterinnen. Weniger berücksichtigt sind dabei andere wichtige Frauengruppen worden, die ihrer sozialen Stellung nach zu uns gehören. Nicht etwa, daß wir sie nicht aufgerufen, nicht in unseren Schriften und Reden für uns reklamiert hätten. Das ist immer geschehen. Aber eine spezielle Agitation, die sich direkt und besonders an die Gruppen wendete, die wir im Auge haben, ist nie oder sehr selten erfolgt. Ich denke da besonders an die weiblichen Handlungsgehilfen: Ver-

käuferinnen, Kontoristinnen, Stenotypistinnen; ich denke ferner an die Lehrerinnen, an die Krankenpflegerinnen und andere. Eine besonders sorgfältig vorbereitete Agitation unter den Landarbeiterinnen wird notwendig sein und eine sehr intensive und planmäßige Agitation wird unter dem weiblichen Proletariat in Zentrumskreisen Platz greifen müssen.

Unter den Landarbeiterinnen und in Zentrumskreisen ist allerdings auch bisher agitiert worden. Besonders unsere Genossinnen im Rheinland und in Westfalen, in Mecklenburg und im Bezirk Magdeburg haben dabei Hervorragendes geleistet. Wenn ich trotzdem die beiden obengenannten Gruppen von Frauen besonders aufführe, so deshalb, weil ich meine, daß wir unsere Rednerinnen, die aufs Land und in die Zentrumsdomänen gehen, noch mehr als bisher mit gutem einschlägigem Material versehen müssen. Mit Material, das sie zu einem Spezialstudium machen, damit sie bei ihren Neben gleich den geistigen und seelischen Konner mit ihren Zuhörerinnen finden. Das wird geschehen, sobald diese herausfinden, die da redet, weiß genau Bescheid über die Verhältnisse, in denen wir leben. Haben sie diese Überzeugung gewonnen, so schwinden die Scheu und das Mißtrauen, das Indifferenten in der Regel allem Neuen und Unbekannten entgegenbringen. Sie werden sogleich auch mehr Interesse für die allgemein politischen Darlegungen gewinnen, die von den Rednerinnen im Anschluß an die Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht werden.

Beschäftigten wir uns zunächst mit der Agitation unter den Landarbeiterinnen. Die Genossinnen, die während des Wahlkampfes auf dem Lande agitierten, berichten übereinstimmend, was ich selbst wiederholt erfahren habe: daß die Landarbeiterinnen einen förmlichen Hunger nach Aufklärung, nach Versammlungen und nach einfacher, populärer Literatur haben. In atemloser Spannung lauschen sie, wenn die Rednerin, ausgerüstet mit Material über die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen das Landproletariat lebt, zunächst eben diese Verhältnisse kritisiert, um alsdann ihren Zusammenhang mit der sozialen Ordnung, mit den gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen und Maßnahmen nachzuweisen. Allgemein ist bei den Landarbeiterinnen der Wunsch lebendig, daß sie nicht nur zu Wahlzeiten, sondern auch in den dazwischenliegenden Perioden über die Vorgänge in der Politik, über die sozialen Zustände aufgeklärt werden möchten durch Versammlungen mit weiblichen Referenten, durch Flugblätter und Broschüren. In Mecklenburg, wo die Bezirksleitung der Partei dem Wunsche nach Versammlungen in weitestem Maße nachgekommen ist, haben wir sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Auch organisatorisch. Aus anderen Bundesstaaten liegen Berichte vor, die dasselbe melden. Immer wieder die Agitation auch unter den Landarbeiterinnen anzuregen, das wird die Sache unserer Genossinnen sein, die im Vorstand solcher Kreise sitzen, die viel Landgebiet haben. Eine Broschüre für die Landarbeiterinnen ist in Vorbereitung.

Genossinnen, die aufs Land zur Agitation gehen, können vom Frauenbureau Material erhalten. Es sind bei der Agitation die besonderen Rechtsverhältnisse zu berücksichtigen, unter denen die Landarbeiterinnen leben: die einschlägigen Gesindeordnungen und für Preußen jenes skandalöse Gesetz vom Jahre 1854, nach dem Landarbeiter und -arbeiterinnen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden, die gemeinsam höheren Lohn fordern oder gemeinsam die Arbeit niederlegen. Es ist weiter zu berücksichtigen, wie sehr die Landarbeiterinnen Stiefkinder der Sozialgesetzgebung sind. Der Arbeiterinnen- und Kinderzuschuß fehlt ganz. Uneingeschränkt kann deshalb die Ausbeutung ihre Organe feiern. Erst durch die Reichsversicherungsordnung sind die Landarbeiter der Krankenversicherung unterstellt worden, aber leider — wie wir früher an dieser Stelle nachwiesen — besonderen Krankenkassen ohne Selbstverwaltungskrecht und mit sehr minimalen Leistungen zuteilt. Mutter- und Säuglingszuschuß sind hier noch geringer als in den Ortskrankenkassen. Und zu all diesen ungünstigen Verhältnissen kommen noch die erbärmlichen Löhne, die traurigen

Wohnungsverhältnisse, die gesellschaftliche Isolierung und der Mangel geistiger Anregung und staatsbürgerlicher Betätigung, um das Leben der Landarbeiterinnen und Landarbeiter zur Hölle zu machen. Der Sozialismus ist deshalb für sie um so mehr das Evangelium der Erlösung. Unsere Pflicht ist es, ihnen dieses Evangelium zu bringen.

Die Agitation unter den Frauen in den Domänen des Zentrums bedarf gleichfalls einer sorgfältigen Vorbereitung. Die religiöse Ideologie, von der die katholische Bevölkerung vom Kindes- bis zum Greisenalter umspannen wird, ermöglicht es dem katholischen Klerus, einen ungeheuren Gewissenszwang auszuüben. Alles, was der politischen Aufklärung der Massen dienen könnte, wird als Todsünde gebraucht, für welche die Strafe im Jenseits nicht ausbleiben werde. So war es dem Zentrum bisher möglich, trotz allem Verrat an der Arbeiterklasse die katholischen Proletarier um seine Fahnen zu sammeln. So konnte es weite Kreise katholischer Frauen in politischer Rückständigkeit erhalten, konnte künstlich ihren Geist in Brache legen. Den katholischen Frauen erging es wie Thygater, von der Multatuli uns erzählt, daß ihr Vater sie lehrte, Wissen, Begreifen und Begehren sei sündig für ein Mädchen, damit sie in Einfältigkeit verharre und — weiter ihres Vaters Küche melke.

Jedoch die Klassengegensätze werden immer schärfer; im Westen geht die kapitalistische Entwicklung mit Riesenschritten vorwärts. Ungeheure Reichtümer häufen sich in den Händen der Besitzenden, immer trostloser wird dagegen die Lage der Besitzlosen. Zu der schamlosen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft fügt sich die immer unerträglicher werdende soziale Knechtung durch die großen Scharfmacher. Hinzu kommt der wachsende Zoll- und Steuerdruck, unter dem die Massen leiden. Alles das sind Erscheinungen, die auf die Dauer dem doch nicht ohne Einfluß auf die fanatisierten katholischen Arbeiter bleiben können, und zwar um so mehr, je unermüdlicher wir in unserer Agitationsarbeit sind. Die inneren Zwistigkeiten im Zentrum, neuerdings das unverhüllte Paktieren mit den Agrariern und das Avancement zur Regierungspartei sind ebenfalls Umstände, die alles in allem guten Erfolg unserer Agitation in den Kreisen des Zentrums versprechen. Solweit die katholischen Proletarierinnen in Betracht kommen, wird unsere Aufklärungsarbeit dadurch erleichtert, daß infolge unseres erfolgreichen Ansturms das Zentrum sich dazu bequemen mußte, seinerseits die Frauen aus ihrer politischen Reserve herauszuholen und auf das politische Kampffeld zu führen. Zwar geschah das keineswegs, um sie politisch zu schulen, sondern um ihre politische Rückständigkeit politisch aktiv zu machen und gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Jedoch wird es dem Zentrum gehen wie dem Goetheschen Zauberlehrling: die Geister, die es rief, es wird sie nicht mehr los. Vorausgesetzt — daß wir alles daransetzen, diese Frauen mit unserer Agitation zu erfassen. Das muß versucht werden durch Wort und Schrift. Eine Broschüre, die sich speziell an die katholischen Frauen wendet, ist bereits in Vorbereitung.

Eine lebhafte mündliche Agitation muß die schriftliche ergänzen. Die Erkenntnis der geradezu fabelhaften kapitalistischen Entwicklung, die alle sozialen Gegensätze auf die Spitze treibt, muß den Frauen vermittelt, ihrem Bewußtsein eingehämmert werden. All den Beschuldigungen, die das Zentrum gegen uns erhebt, gilt es das energische und treue Eintreten der Sozialdemokratie für die Interessen der ausgebeuteten Massen gegenüberzustellen. So kehrt beispielsweise regelmäßig, gleich dem Mädchen aus der Fremde, die alberne Anklage wieder: die Sozialdemokratie wolle Ehe und Familie zerstören. Der beste Anlaß das, um nachzuweisen, wie durch ihr kraftvolles Eintreten für den Kinder-, den Arbeiter- und Arbeiterinnen-schutz, wie durch ihren zähen Kampf gegen die volksauswuchernde Zoll- und Steuerpolitik die Sozialdemokratie ihre Hand schirmend über das bishigen Familienleben des Proletariats legt, wie sie ihm dies Wenige aus den Klauen des Kapitalismus erobert. Wenn man uns beschuldigt, wir wollten den Arbeitern und Arbeiterinnen die Religion rauben,

so haben wir den Beweis dafür zu erbringen, daß wir, durch unseren Kampf für eine hellere Gegenwart der Arbeiterklasse, so handeln, wie das Zentrum handeln müßte, sofern es im Sinne der christlichen Nächstenliebe sich betätigen wollte. Wir müssen durch überzeugende Tatsachen erhärten, daß jene die Religion herabwürdigen, die sie in das politische Schlachtengetümmel zerren. Dabei gilt es dann, wieder und wieder festzustellen, daß just die Sozialdemokratie sich gegen diesen Mißbrauch mit aller Schärfe wendet, daß sie die Religion als Privatsache des einzelnen erklärt, als seine ureigenste persönliche Angelegenheit, als innerste Herzens- und Überzeugungssache, in die weder eine politische Partei noch Staat und Gesellschaft dreinzureden haben. Wir müssen nachweisen, daß solche äußere Einmischung nur zu dem Zwecke geschieht, die arbeitenden Schichten zu entzweien und sie von einem wirklichen, gemeinsamen Kampfe zur Verteidigung ihrer Interessen abzuhalten.

Ganz besonders aber gilt es, die katholischen Frauen mit unserem herrlichen Zukunftsideal und unserer alles umspannenden Weltanschauung bekannt zu machen. Nichts ist mehr geeignet, helle Begeisterung und den Willen zum tatkräftigen Handeln zu wecken, als eine lebendige Schilderung der Entwicklung, die zum Sozialismus drängt, als ein warmherziger Appell an die Zuhörerinnen, mitzuarbeiten an dem großen, erhabenen Werk der Menschheitsbefreiung, an dem herrlichen Bau der Zukunft, in dem es keine Unterdrückten und Ausgebeuteten, keine Hungernden und Darbenden gibt, der nur Freie und Gleiche umschleßt, die schaffend das Schöne genießen.

Die katholischen Frauen, die in ihrer politischen Rückständigkeit als Sturmkolonnen gegen uns mobilisiert werden sollen, müssen herübergeholt und als Klassenkämpferinnen gegen den Kapitalismus geführt werden. Das ist schwer, aber seit wann hätte uns eine Schwierigkeit, und sei sie noch so groß, abgehalten, etwas zu tun, was wir für nötig hielten? Nötig aber ist diese Arbeit, denn um unsere historische Aufgabe erfüllen zu können, brauchen wir sie alle, alle, die den Mittel und die Fackel der Proletarier tragen. Und sie ist um so dringender, als in jüngster Zeit das Zentrum die katholischen Frauen organisiert und sie mit einem fanatischen Hass gegen uns zu erfüllen bemüht ist.

Mit dem Gesagten haben wir die notwendige spezielle Agitation unter den beiden genannten Frauengruppen kurz umrissen. In einem späteren Artikel werden wir die notwendige besondere Agitation unter den anderen von uns genannten sozialen Frauenschichten besprechen. Zur Unterstützung der mündlichen Agitation wird das Frauenbureau kurzgehaltene Flugblätter und kleine einfache Broschüren abfassen, die sich auch an diese Frauenkreise wenden.

Luise Zieh.

Die Feuerung.

Für die Lese- und Diskussionsabende.

Von Käthe Dunder.

3. Die Organisation der Produzenten.

(Fortsetzung von Bd. 12, H. 11.)

Die Zahl der industriellen Kartelle in Deutschland ist sehr groß. Eine 1905 vom Reichsamt des Innern vorgenommene Enquete stellte 385 Verbände fest, von denen die größten und wichtigsten auf das Gebiet der Kohlen- und Eisenindustrie entfallen. 1879 bestanden erst 14 Kartelle, 1910 schätzt man bereits 550 bis 600. In dem kurzen Zeitraum von 30 Jahren haben sich also diese Vereinigungen aus den kleinsten Anfängen heraus zu Erscheinungen entwickelt, die dem Wirtschaftsleben ein völlig neues Gepräge geben. Auch internationale Kartelle bestehen bereits in großer Anzahl; nach Liefmann* waren es 1897 ungefähr 40, 1910 nahe an 100.

* Liefmann, Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation. Stuttgart 1910. (2 Bf.)

Die Anzahl der Waren, die schon Gegenstand von Kartellen gewesen sind, geht weit über 400 hinaus. Nicht nur für Rohstoffe — wie Eisen, Kohle, Kalk, Salz, Wismut — und für Massenprodukte — wie Zucker, Papier, Zündhölzer, Seife, Nadeln, Drahtstifte —, sondern auch für zahllose Spezialartikel, wie Bürsten für Schaulensterdekorationen, Federabstüber, Zylinderputzer, Fahrradlaternen, Abreißkalender, künstliche Palmen, Tailenstäbe, Druckknöpfe usw. sind Kartelle zustande gekommen.

Einige Beispiele mögen die Entwicklung und die Wirksamkeit dieser Organisationen erläutern.

Eines der größten und einflussreichsten Kartelle ist das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat. Seine ersten Anfänge reichen bis in die Zeit nach dem großen Crash von 1873 zurück. 1877 traten 23 Bechen zu dem „westfälischen Kohlenausfuhrverein“ zusammen, dessen Aufgabe zunächst sein sollte, die englische Kohle aus Deutschland zu verdrängen und der deutschen Kohle den Weg übers Meer zu eröffnen. Ferner suchte man, indem man einen gemeinsamen Normalpreis für Gaskohlen festsetzte, die gegenseitigen Preisunterbietungen zu verhindern (Preiskartell). Doch war diese Vereinigung von kurzer Dauer und geringem Erfolg. Seit 1880 traten wiederholte Versuche auf, durch gemeinsame Regelung und Einschränkung der Kohlenförderung die Preise zu erhöhen (Produktionskartell). Die große Zahl der Außenseiter und die Überschreitungen der Mitglieder ließen diese Verbände jedoch immer wieder zusammenbrechen. Daneben entwickelten sich mehrere lokale Kohlenverkaufsvereine, die sich untereinander heftig befehdeten. 1893 trat dann das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat als reines Verkaufskartell ins Leben. Die angeschlossenen Bechenbesitzer verpflichteten sich, ihm ihre ganze Kohlenproduktion zu verkaufen, mit Ausnahme der für den Selbstgebrauch bestimmten Mengen. Die einzelnen Unternehmungen haben so in bezug auf den Absatz jede Selbständigkeit verloren. Aber auch die Höhe ihrer Produktion wird ihnen genau vorgeschrieben. Es ist zunächst festgesetzt, wieviel Tonnen Kohle jede Grube höchstens an das Syndikat zu liefern hat; doch bestimmt die Syndikatsleitung außerdem noch allmonatlich je nach Lage des Marktes, wieviel Prozent ihrer „Beteiligungsziffer“ die Gruben wirklich fördern dürfen. Hohe Konventionalstrafen bedrohen den, der die ihm zugewiesene Kohlenmenge auch nur um eine Tonne überschreitet, und diese Strafen werden kurzerhand von den Summen in Abzug gebracht, die die Bechen aus der Syndikatskasse für ihre Kohlenlieferungen zu erhalten haben. Dieselbe Diktatorgewalt wie gegenüber seinen Mitgliedern übt das Syndikat auch gegenüber den großen Kohlenhändlern aus. „Eigentliche Kaufleute sind wir nicht mehr“, erklärte der Düsseldorfer Großhändler Bowninkel bei der erwähnten Kartellenaukte; „das Kohlsyndikat schreibt uns erstens vor, welche Sorten wir kaufen, zweitens zu welchen Preisen wir sie kaufen, drittens das Absatzrevier, wohin wir verkaufen dürfen, viertens die Verkaufspreise, zu welchen wir verkaufen dürfen. Da bleibt von der Freiheit des Handels natürlich nicht viel mehr übrig.“ Seit 1903 umfaßt das Kohlsyndikat fast sämtliche Bechen des Ruhrgebiets. 1909 entfielen von den 148,8 Millionen Tonnen der deutschen Kohlenproduktion 80,8 Millionen, gleich 54,4 Prozent, auf das rheinisch-westfälische Syndikat. Diese Herrscherstellung mußte die Syndikatsleitung dazu aus, die Preise auf dem gesamten Kohlenmarkt zu „regulieren“, das heißt stetig hinaufzuschrauben. Es betrug die Preise, die das Syndikat den Bechen zu zahlen hatte (pro Tonne in Mark):

	Steinkohlen	Flammkohlen	Gew. Nuß I	Anthrazit Nuß I
1898/1894	8,00	8,00	12,50	16,00
1899/1900	10,10	9,75	13,50	17,00
1900/1901	11,10	10,75	14,75	18,00
1907/1908	12,10	11,75	15,75	19,50

Bei Ausbruch der Krise von 1900/01 erhöhte das Syndikat den Tonnenpreis um eine volle Mark gegenüber dem Vorjahr und trug so nicht unwesentlich zur Verschärfung der

Krise bei. Das Jahr vorher hatte es durch Förderungseinschränkungen eine künstliche Kohlenknappheit hervorgerufen und diese auch zu einer gehörigen Schröpfung der Konsumenten benützt. Die Preistreiberie blieb aber nicht das einzige Mittel, die Profite der Kohlengrubenherren zu erhöhen. Bei der Erneuerung des Syndikats 1903 ward der Beschluß gefaßt, daß die Beteiligungsziffer von einer Beche auf die andere übertragen werden kann. Die großen Werke kauften nun schlenningst eine Anzahl von Syndikatsgruben an, die wegen geringer Mächtigkeit der Kohlenschicht oder größerer Tiefe mit höheren Produktionskosten arbeiteten und daher geringeren Profit abwarfen. Diese Bechen wurden stillgelegt und ihre Beteiligungsziffern auf die ergiebigeren Gruben übertragen, wo die zum Kaufe der minderwertigen Werke verwandten Kapitalien nun einen weit höheren Profit abwarfen. Nicht weniger als 33 Bechen wurden aufgegeben; gegen 20 000 Arbeiter verloren ihr Brot und mußten zum Wanderstab greifen; ein großer Teil der im Umkreis der verödeten Gruben anässigen Bevölkerung, die von den Arbeitern gelebt hatte, ward ruiniert. Die Gruben ließ man einstürzen und sich mit Wasser füllen, obwohl noch große Mengen von Kohle darin enthalten sind, die nun der Gesellschaft verloren gehen. Die ganze Sinnlosigkeit und Kulturwidrigkeit der kapitalistischen Gesellschaft offenbart sich hier: nationales Vermögen wird vernichtet, nur um die Profite einer Handvoll von Großkapitalisten zu mehren. Künstlich hervorgerufener Mangel an einem für die Industrie wie für die Allgemeinheit gleich wichtigen Stoff, Erhöhung der Preise selbst in der Zeit der Krise, Vernichtung nationaler Naturische — das sind die vorzüglichsten volkswirtschaftlichen Leistungen des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats.

Ihm reiht sich würdig an der deutsche Stahlwerksverband. Auch er ist ein reines Verkaufssyndikat. Er entstand durch die Vereinigung einer Anzahl von Einzelverbänden, der Schienenengemeinschaft, der Schwellengemeinschaft, des Trägerverbandes und des Halbzeugverbandes, und umfaßte 1911 28 Werke mit einer Beteiligungsziffer von 12,4 Millionen Tonnen; das ist ungefähr ein Fünftel der Weltproduktion. Das in ihm zusammengefaßte Kapital belief sich 1910 auf 1/4 Milliarden Mark. Diese Größe und Macht ermöglicht es dem Stahlwerksverband, sich nicht nur die gesamte deutsche Eisenwarenindustrie tributpflichtig zu machen, sondern auch die anderen Industriezweige, die ja alle eiserne Arbeitsflaven brauchen. Seine Machtstellung wird gesichert und befestigt durch die deutsche Schutzollpolitik, die ihm die außerdeutsche Konkurrenz vom Hals hält und ihm zugleich gestattet, sich von den inländischen Eisenverbrauchern den Weltmarktpreis erhöht um den vollen Zollbetrag bezahlen zu lassen. Durch die ungeheuren Profite, die der Stahlwerksverband auf diese Weise dem Inland abpreßt, ist es ihm möglich, sich auf dem Weltmarkt mit geringeren Profiten zu begnügen und durch billige Preise seine auswärtige Konkurrenz zu unterbieten. Im Jahre 1903 wurde verkauft (in Mark):

	Die Tonne im Inland	Die Tonne im Ausland
Roh Eisen	80	44
Schmiedeeiserne Träger	97,50	68
Walzdraht	250	140
Drahtstifte	250	140
Stabeisen	125	100
Stahl in Blöcken	92	64
Eisenbahnschienen	160	105

Durch diese „echt nationale“ Wirtschaftspolitik wird der deutschen Eisenwarenindustrie der Konkurrenzkampf außerordentlich erschwert. Nicht nur, daß sie durch die hohen Preise, die sie für Rohstoffe und Halbfabrikate bezahlen muß, auf dem Weltmarkt zurückgedrängt wird, sie muß sich auch im Inland den Wettbewerb der ausländischen Eisenindustrie gefallen lassen, die, da sie deutsches Rohmaterial und deutsche Halbfabrikate zu wesentlich billigeren Preisen

erhält als die deutschen Fabrikanten, trotz aller Schutzzölle erfolgreich mit diesen konkurrieren kann. Diese Verhältnisse veranlassen einen deutschen Halbzeugverbraucher gelegentlich der Kartellenquete zu dem Rotschrei: der Verband möge doch seine Volksgenossen lieber als Ausländer behandeln, ihnen doch wenigstens für die für die Ausfuhr bestimmten Fertigfabrikate das Material zu seinen Auslandspreisen geben!

Die Preispolitik der Kohlen- und Eisensyndikate hat auf dem Gebiet dieser Industrie zu weiteren Kapital- und Betriebskonzentrationen geführt oder doch wenigstens ihre Entwicklung stark gefördert. (Schluß folgt.)

Den Müttern der darbanden Jugend.

Des Lebens Märchengarten liegt vor uns. Wir haben eine Pflanze vom Zaune gerissen; mit heißen Augen und verhaltenem Herzschlag starren wir auf die Pracht da drinnen. Weiße grüne Matten dehnen sich vor unseren Blicken, mit tausend Blütensternen besät, die im Bindeshauche die Köpfchen einander zuneigen. Mächtige Bäume stehen breitfüßig und würdevoll, stolz ob der köstlichen Früchte, die sie tragen. Grün-golden flimmern die Sonnenfäden in ihrem Gezweige. Das Brotkorn reift — ein goldener Ozean — auf reichen Feldern der Ernte entgegen. Vegnadete Täler und Niederungen bieten des Leibes Notdurst tausendfache Befriedigung. Schweigsame gewaltige Gipfel ragen empor, auf denen die Seele in die Unendlichkeit gehoben wird. Dunkle stille Wälder liegen vor uns mit singenden Quellen und heimlichen Pfaden, die zu den Tempeln der Schönheit und des Wissens führen. Und drüben dort braust das Meer ewig sein wildes Lied, in lachender Kraft den Sturm auf seinem Rücken tragend. So ist alles Schönheit und Stärke, Segen und Fülle. —

Am staubigen Begrabnis stehen die Kinder des Elends mit leeren Händen, drängend nach dem Glücke, einen Blick nur in das Zauberland zu tun, einen Klang, einen Sonnenstrahl daraus zu erfassen.

Dort schreitet eine Gestalt über die Flur, sorglich, daß sie die Blüten nicht zertrete. Ein armselig kümmerlich Weib, so bleich, wie nur die Not die Frauen macht. Eine Mutter ist's. Sie hebt die arbeitsrauen Hände, um Früchte von den herrlichen Bäumen zu brechen. Aber sie bricht sie nicht für ihr darbandes Kind. An ihm vorbei schleppt sie die gefüllten Körbe, um anderen ein köstlich Mahl zu rüsten. Purpurne Rosen windet sie zum duftenden Kranze. Nicht ihres Lieblings Stirne wird er schmücken. Am kühlen Brunnen füllt sie den Krug mit köstlichem Trank, ihr Kind darf seine fieberheißen Lippen nicht daran lehen.

Warum dem Kinde keine Blüte, keine Frucht, kein Sonnenstrahl? Nicht die Schuld der Mutter ist es. Sie ringt und schafft vom Morgen bis zur Nacht. Sie müht sich und sorgt, und immer, wohin sie auch getrieben wird, ist ihr Herz bei ihrem Kinde. Das Herz, in dem tausend ungeweinete Tränen glühen, das zerrissen ist von dem tiefsten Weh, daß es sein Feuerfestes im Straßenstaub verschmachten lassen muß.

Mutter, sieh auf, sieh um dich und lerne den Boden kennen, aus dem das Leid all derer quillt, die in der Not leben wie du. Die Erde ist groß und reich und schön, aber sie ist nicht frei, sie ist nicht allen Menschen zu eigen. Die Schätze, die sie hervorbringt, kommen nur jenen zugute, die seit Jahrtausenden Gold aus dem Blute ihrer unterdrückten Menschenbrüder münzend, mächtig, reich und gewalttätig den Heimatboden an sich gerissen haben. Für sie pflügen und säen die Landarbeiter, für sie füllen sie den Segen der Brotkraut in gewaltige Speicher, die Maurer und Zimmerleute in ihrem Dienste errichtet haben. Für sie läßt der Müller dieäder treiben und die Körner zu feinstem Mehle zerreiben, das dann auf den silberglänzenden Rücken der Ströme, auf den blühenden Stahlschienen der Eisenbahnen in die Fremde verschickt wird. Ihre Hand ist trotz der Fülle des Reichums nicht milde und freigebig, sie ist immer zur Faust geballt. Sie geben den Armen,

die für sie schaffen, ein winzig Teilchen nur von dem, was ihnen zukommt, kaum genügend, um ihren und ihrer Kinder Hunger zu stillen.

Der Leib der Mutter Erde blutet aus tausend Wunden. Das Gebot der mächtigen Ausbeuter läßt unzählige Bergleute in ihren Eingeweiden nach Gold und Silber und edlem Gestein wühlen, nach Kohlen und nützlichen Erzen schürfen. Fern sind die Schaffenden dem holden Sonnenlicht, fern dem Waldesrauschen, dem Vogelsang, fern auch dem Silberlachen ihrer Kinder. Und wie die Kraft der Arbeiter, so ist auch der nimmermüde Forschergeist in das Joch der Ausbeutung gezwungen. Gewaltige Maschinen werden erdacht. In den Fabriken surren und sausen die stampfenden Ungeheuer der Arbeit gewaltiges Lied. Was einst unter der Hand des geschicktesten Schlossers, des Webers oder Zeichners öfter Monate zu seiner Vollendung brauchte, ein Weib, ein Kind vollbringt es heute mit Hilfe der Maschine oft in wenigen Minuten. Doch haben auch diese großen Errungenschaften der großen Zahl der Menschen bislang nicht Glück und Segen gebracht. Was immer sie schaffen mögen, die Gewalthaber legen ihre eisengepanzerte Faust darauf und sagen: Es ist unser! Ein Wink unserer Hand läßt alles erstehen, im Hauch unseres Mundes verweht es. Und ewig werden wir auf eurem gebeugten Nacken tanzen, und ewig werdet ihr für uns graben und säen und spinnen und weben und hämmern!

Und doch, ihr Mütter, wird's nicht ewig so sein. Immer mehr von der Schar der bienenemigen Arbeiter wagen es, im Garten des Wissens und der Schönheit aufrecht gehend ihre müden, trüben Augen in dem Meere von Sonnenglanz zu baden, sich die gequälte Seele voll Licht und Lebenskraft zu saugen. Das macht: ein heller Bedruf klang an ihr Ohr, eines Sturmvogels Morgenlied riß sie aus dem bangen Traume der Knechtschaft. Ein Frühlingwind trieb ihnen ein keimfrohes Körnlein klarer Erkenntnis zu; das faßte Wurzel in ihrem Geiste und wuchs dort, vom Morgentau und lauem Regen befruchtet kraftvoll empor. Nun glauben sie nicht mehr an das alte Wort, das mit glühendem Eisen in die Herzen ihrer Väter gebrannt war, ihre Seelen klein und eng, ihre Augen matt, ihren Geist stumpf machte und ihren Willen brach. Daß eines allmächtigen Gottes Gebot oder der Natur herbe Bestimmung sie und alle ihresgleichen für ewige Zeiten zu Sklaven bestimmt habe, die, ausgeschlossen von der Erde Freud und Lust, nur ihre Qual und ihr Leid zu tragen haben sollten. Sie lehnen sich auf wider die Weisheit der krügerischen Tafeln, die geschrieben sind mit Kindertränen und Mutterherzblut und die die Genießenden ihren Augen vorhalten, auf daß die Schaffenden Darbende bleiben. Die nervigten Arme reden sie zu den Sternen empor, wo ihre unerbürlichen Menschenrechte hängen, und rütteln trotzig an den Ketten, deren Schwere sie zurück in die Tiefe ziehen möchte. Nichtachtend Haß und Hohn, Kerker und Tod, ziehen immer mehr von ihnen hinaus, um ihre schlafenden Brüder und Schwestern zu wecken und in ihre dunkle Nacht die Freiheitsmorgenbotschaft zu tragen. Auch ihr müht mit ihnen gehen, Mütter der darbanden Jugend! Wohl werden die Kleinen die Arme um euren Hals schlingen und betteln: bleibt bei uns. Laßt ihre Tränen eure Stärke sein. Wenn ihr liebt, was ihr einst in selbiger Hoffnung unter dem Herzen trug, dann geht, den Kampf für euer Kinder Glück zu wagen. Erweckt das große mütterliche Erbarmen mit aller freudlosen Kindheit, aller entblätterten und zertretenen Jugend auch in den Herzen derer, die heute noch abseits stehen. Die in banger Furcht vor den Gewalthabern zittern oder betört und irgeleitet das eigene Recht meuchlings mordend helfen. Keiner darf fehlen in den Reihen der Kämpfer, der das Leid der Unterdrückten kennt. Keiner darf ob des eigenen Wohlseins, des eigenen Glückes das Damm der Glücklosen verlassen. Es werden tausend Schwerter durch eure Seele gehen. Schreitet ungeachtet eurer Schmerzen weiter empor auf den steinigen Pfaden treuester Pflichterfüllung. Seid der Jugend selbst ein leuchtend Beispiel der lautereren Singsalve. Euren Kindern, die auch einst zu ihrer Stunde an ihrem Platze

stehen sollen, kämpfend, daß niemand mehr vor des Lebens Garten am Zaune hungern muß; daß des Volkes Jugend nicht mehr elend feil Mütter, führt die darbenende Jugend dieser hohen Bestimmung entgegen! V. Selinger.

Ein Pionier.

Die sozialistische Bewegung der Vereinigten Staaten hat vor kurzem einen ihrer trefflichsten Vorkämpfer verloren. In der Nacht des 29. Januar ist plötzlich Alexander Jonas gestorben, Begründer und langjähriger Redakteur der New Yorker „Volkszeitung“, ein Pionier des Sozialismus in Amerika. Obgleich Genosse Jonas seit Jahren nierenleidend war, und bereits im 78. Lebensjahre stand, hatte doch niemand seinen jähen Tod erwartet, denn bis zum letzten Tage war er körperlich und geistig rege. Noch wenige Stunden vor seinem Tode war er auf der Redaktion der „Volkszeitung“ tätig, und dieselbe Ausgabe des Blattes, welche die Trauerbotschaft verkündete, enthielt noch einen kraftvoll geschriebenen Leitartikel aus seiner Feder.

Alexander Jonas wurde am 16. März 1834 in Berlin geboren. Sein Vater war der Besitzer einer bekannten Verlagsbuchhandlung und konnte seinen Kindern eine für damalige Zeit ausgezeichnete Schulbildung geben lassen. In der Familie Jonas herrschte ein reger, strebsamer Geist, der gewiß günstig auf den erwachenden Verstand des Knaben Alexander wirkte und ihn für neue, freiheitliche Ideen empfänglich machte. Zwar waren die Eltern keine Anhänger einer sozialen Revolution in unserem Sinne, der Kommunismus — wie damals der Sozialismus hieß — lag ihnen fern. Aber immerhin waren sie radikal denkende Bourgeois, und während der revolutionären Stürme des Jahres 1848 standen sie ganz unabweisend auf Seiten des Fortschritts und der Freiheit. Ja, Vater Jonas scheint sich sogar bei der autokratischen Regierung so unbeliebt gemacht zu haben, daß er es nach dem Triumph der Reaktion für ratsam fand, seine Familie eine Zeit lang aus Berlin zu entfernen und in eine kleine Provinzstadt, unter die Obhut einer Tante, zu bringen. Hier vollbrachte unser Alexander seine erste revolutionäre Tat. Das trug sich folgendermaßen zu: Aus Opposition gegen die Regierung, die keine ihrer Versprechungen eingelöst hatte, wurde von den Demokraten die Steuerverweigerung beschlossen. Zu Tausenden wurden im ganzen Lande Flugschriften und Anschlagzettel verbreitet, die das Volk aufforderten, keine einzige Steuer zu entrichten. Die Bewohner jeder Ortschaft wurden dringend darum ersucht, die Zettel sofort an hervorragenden Stellen anzuschlagen. Auch in das Städtchen, wo sich die Familie Jonas damals aufhielt, kam ein Stoß solcher Anschlagzettel, aber niemand fand sich dort, der den Mut hatte, die Verbreitung des Aufruhrs zu übernehmen. So wurden die Zettel vorsichtig in einen Winkel der Ortsapotheke gelegt, und dort lagen sie vielleicht heute noch, hätte sich der vierzehnjährige Alexander Jonas nicht ihrer angenommen. Zusammen mit seinem um 2 Jahre älteren Bruder ging er unerschrocken ans Werk, und klebte an den belebtesten Punkten der Ortschaft die ominösen Zettel an. Noch in späteren Jahren hat sich Genosse Jonas gern in der Erinnerung daran ergötzt, mit welcher angsterfüllten Miene die revolutionären Proklamationen von den biederen Bürgern des Städtchens gelesen wurden, und von den Bauern, die aus der Umgegend kamen. Die brave Tante war nicht wenig entsetzt, als sie sah, was ihre Nefen gewagt hatten.

Der revolutionäre Geist unseres Alexander Jonas wurde auf deutschem Boden geboren, doch erst in Amerika ist er emporgeblüht und gereift. Das ganze Lebenswerk dieses unvergeßlichen Genossen gehörte der sozialistischen Bewegung in Amerika. Ein junger Mann, arm an Hab und Gut, aber reich an hervorragenden Vorzügen des Geistes und Gemütes, kam er vor 43 Jahren nach New York. Zur Zeit seiner Einwanderung war die Sklavenbefreiung eben erst mit Angel und Schwert errungen worden, und das Land litt noch unter den Folgen

des Bürgerkrieges. Die Arbeiterbewegung steckte noch in ihren Anfängen, sie war ohne einen sozialistischen Inhalt. Jonas ergriff zunächst den Beruf als Kaufmann, aber sehr bald vertauschte er ihn mit dem des Journalisten. Er wandte sofort dem politischen Leben seiner neuen Heimat lebhaftes Interesse zu, und lange ehe er das amerikanische Bürgerrecht erworben hatte, besaß er bereits viel gründlichere Kenntnisse der sozialen, politischen und ökonomischen Zustände der Vereinigten Staaten, als die große Mehrzahl der amerikanischen Bürger. Eine der ersten Fragen des öffentlichen Lebens, der Genosse Jones seine Aufmerksamkeit schenkte, war die Frage der Frauenrechte. In den Vereinigten Staaten ist die Frauenbewegung der sozialistischen Bewegung um ungefähr zwei Jahrzehnte vorausgegangen. Sie entstand schon während des Bürgerkrieges, und wurde anfangs von denselben furchtlosen Männern und Frauen getragen, die für die Befreiung der Negerklaven eingetreten waren. Unter ihnen befanden sich auch viele gebildete, freiheitlich denkende Deutsche, die während der Revolutionsjahre im eigenen Vaterlande alte Vorurteile abgestreift und eine unbefangene Würdigung der Dinge gelernt hatten. Sie gründeten damals den ersten deutschen Frauenstimmrechtsverein in Amerika, und Jonas war einer der Mitbegründer und eifrigsten Anhänger dieser Organisation. Mit Wort und Schrift trat er für die politische Gleichberechtigung der Frauen ein, und zwar zu einer Zeit, da ein Mann, der solche Neuerungen befürwortete, in den Augen der meisten noch als Verrückter oder als Verbrecher galt. Aber das Urteil der Mehrzahl kümmerte Alexander Jonas nicht, denn er war und blieb bis zu seiner letzten Stunde einer jener seltenen Geister, die unentwegt das verfechten, das sie als wahr und recht erkannt haben, und wenn die ganze Welt sie deswegen verdammt. So ist er auch sein Leben lang ein treuer, unentwegter Verfechter der Frauenrechte geblieben. Mit allem Nachdruck ist er dafür eingetreten, daß die sozialistische Partei in den Vereinigten Staaten eine rege Agitation für das Frauenstimmrecht betrieb. Die sozialistischen Frauen des Landes wissen, was sie ihm zu danken haben.

Als Genosse Jonas, wie schon erwähnt, den Beruf des Journalisten ergriff, war soeben die erste deutsche Frauenzeitung in den Vereinigten Staaten gegründet worden. Es war dies die von den deutschen Vorkämpferinnen Auguste Vienthal und Mathilde Wendt herausgegebene Wochenschrift „Die Neue Zeit“. Jonas wurde stetiger Mitarbeiter der Zeitschrift. Fast gleichzeitig wählte man ihn zum leitenden Redakteur der „Arbeiterstimme“, des offiziellen Organes der damaligen Arbeiterpartei, und diesen Posten bekleidete er, bis die Zeitung einging.

Am 4. Juli 1874 wurde die erste politische sozialistische Organisation in Amerika begründet. Sie trug den Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei, der später in Sozialistische Arbeiterpartei ungeändert wurde. Alexander Jonas nahm als Delegierter an dem ersten Kongreß dieser Partei teil. Von den Anfängen der Bewegung erzählte Genosse Jonas gern, und es geschah häufig, daß sich dann ein Kreis junger Genossen und Genossinnen um ihn sammelte, die mit regem Interesse seinen Schilderungen lauschten. Damals — so erzählte der greise Kämpfer — wurde jeder, der sich zum Sozialismus bekannte, entweder mit Spott und Hohn überschüttet oder mit einem gewissen, fast verächtlichen Mitleid behandelt. Die Versammlungen waren nichts anderes als bescheidene Zusammenkünfte einiger Genossen, meist Deutscher, in kleinen Sitzungszimmern von Restaurants. Die wichtigsten Fragen mußten oft von einer Handvoll Leute entschieden werden. Im Jahre 1878 war Genosse Jonas der erste sozialistische Kandidat für das Amt des Bürgermeisters der Stadt New York und erzielte im ganzen 1600 Stimmen. Der Pionier des Sozialismus hat die große Genugtuung und Freude erlebt, die Bewegung stetig wachsen und gedeihen zu sehen, bis sie heute zu einer Macht in der amerikanischen Politik geworden ist. Gerade die letzten Wahlen haben so verheißungsvolle, viel versprechende Resultate im ganzen Lande ergeben,

daß Jonas sich sagen konnte: Der Samen, den ich ausstreuen half, hat Wurzeln geschlagen.

Das bedeutsamste Werk des Dahingegangenen war die Gründung der „Volkszeitung“, jenes trefflichen sozialistischen Arbeiterblattes, das nun schon seit 34 Jahren furchtlos und unentwegt die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt. Anfangs Chefredakteur, später Redakteur des Sonntagsblattes, hat Alexander Jonas während dieser ganzen 34 Jahre der „Volkszeitung“ seine beste Arbeitskraft gewidmet. Er besaß ein scharfes, kluges Urteil und eine ungemein reiche Kenntnis der inneren wie auswärtigen politischen Verhältnisse. Seine Artikel waren bis zuletzt mit der Kraft und dem Feuer eines Jünglings geschrieben. Seiner Tätigkeit an der „Volkszeitung“ widmete bei seinem 70. Geburtstag sein langjähriger Freund und Kampfgenosse L. Werner, Redakteur des Philadelphiaer „Tageblattes“ folgende ehrende Worte: „Wenn irgend ein Mann verdient, von den deutsch-amerikanischen Arbeitern verehrt zu werden, so ist Jonas dieser Mann. Die Gründung und Erhaltung einer Arbeiterzeitung ist notwendigerweise von gemeinsamer Arbeit abhängig. Aber insofern eine einzelne Person als deren Gründer und Erhalter in Betracht kommen kann, war Alexander Jonas gewiß der Gründer und Erhalter der New Yorker „Volkszeitung“. In ihm waren das gute Urteil des Geschäftsmannes und das Talent des sozialistischen Redakteurs — eine seltene Kombination — vereinigt. Er ist ein Mann von Geist — in unserer Schätzung —, bei weitem der beste deutsch-amerikanische Journalist, ein sähiger Redner, und, das Beste von allem, ein klarer, ruhiger Kopf, der es verstand, Schwierigkeiten zu ebnen und Mißverständnisse zu beseitigen. Wo guter Rat und schnelles Handeln notwendig waren, konnte man sich stets auf ihn verlassen.“

Das Leben dieses Mannes war in unbeirrter Hingabe, in schlichter Arbeitsfreudigkeit bis zum letzten Atemzug der Sache des Sozialismus geweiht. Den Wahlpruch seines Lebens hatte sich der jugendliche Alexander Jonas selbst in einem herrlichen Gedicht gegeben, das von Begeisterung überströmt. „Getreu sei bis ans Ende“, hieß es dort. Sein ganzes Leben bis zum Tode, der ihn jäh von der Arbeit hinwegraffte, klang in einer einzigen, reinen Harmonie in diesem Wahlpruch wider. Genosse Jonas war getreu bis an sein Ende, aber er war noch mehr als das. Nicht in blinder Treue hat er zu den Idealen seiner Jugend gehalten, sondern er hat diese Ideale mit seinem wachsenden Geiste wachsen und reifen lassen. Niemals hat er gezögert, Anschauungen aufzugeben, die veraltet und überlebt waren, und neue Ideen zu ergreifen. Fanatismus war ihm verhaßt, Weitherzigkeit und Vorurteilslosigkeit waren seine charakteristischen Eigenschaften.

Sein Leben liegt beschlossen vor uns. Sein Geist wird weiterleben und wirken. In der Geschichte der sozialistischen Bewegung wird der Name Alexander Jonas unvergänglich bleiben und kommende Geschlechter werden dankbar des Mannes gedenken, der als einer der ersten die Grundmauern legen half für den besseren, freieren Gesellschaftsbau der Zukunft.
Meta L. Stern, New York.

Die Tariferneuerung in der Holzindustrie.

Seit einer Reihe von Jahren schon werden Lohnbewegungen in der deutschen Holzindustrie jedesmal eingeleitet durch die Erneuerung der Tarifverträge in einer Anzahl Orte mit zumeist fortgeschrittenen Arbeitsverhältnissen. Und es wird als selbstverständlich angesehen, daß diese Tarifbewegungen den beteiligten Holzarbeitern jedesmal eine Verkürzung der Arbeitszeit und stufenweise Lohn erhöhungen bringen. Allmonatlich veröffentlicht ja jetzt die „Holzarbeiter-Zeitung“, das Verbandsorgan des Deutschen Holzarbeiterverbandes, eine umfangreiche Liste derjenigen Orte, in denen auf Grund der laufenden Tarifverträge in den nächsten Wochen Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen eintreten, und zwar eintreten ohne jede neue Lohnbewegung. Es handelt sich da zumeist um 1 oder 2 Pf. Mehrlohn in der Stunde oder um Verkürzung der Arbeitszeit um gewöhnlich eine Stunde in der Woche. Die meisten lesen diese Nachrichten regelmäßig, ohne dabei daran zu

denken, daß es erst des starken, einheitlichen Willens Tausender von Holzarbeitern bedurfte, um solchen Forderungen Anerkennung zu verschaffen. Nur aus der Einigkeit der Arbeiterschaft fließt die Macht, die es den Unternehmern geratener erscheinen läßt, innerhalb bestimmter Zeitabschnitte steigende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zuzugestehen, als es jedesmal auf eine Machtprobe ankommen zu lassen. Mit dieser zwar bitteren, aber unvermeidlichen Tatsache haben sich heute wohl schon viele der Unternehmer abgefunden, die im Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe organisiert sind. Wohl versuchen immer wieder einzelne von ihnen, die Tarifbestimmungen zu umgehen oder sich sonst um ihre Verpflichtungen herumzudrücken. Das würde ihnen auch hier und da gelingen, wenn nicht die Beauftragten der Arbeiterorganisation ständig auf dem Posten wären. Der Kontrolle der vereinbarten Arbeitsbedingungen dienen die regelmäßigen Werkstattbesuche und Mitgliederversammlungen, die zu besuchen darum schon bestrebt worden ist, daß das einmal Errungene auch festgehalten wird.

Als im Winter 1906/07 die Arbeitgeber in der deutschen Holzindustrie durch ihre Hartnäckigkeit im Berliner Lohnkampf und die nachfolgenden Riesenaußsperrungen den Anstoß zur Schaffung der heute bestehenden Tarifgruppen gaben, lag ihnen freilich alles ferner als die Einkämmung stückweiser Zugeständnisse. Sie wollten vielmehr Ruhe in ihrem Hause haben und glaubten, durch das Zwangsmittel der Aussperrung von 15000 Mann den Deutschen Holzarbeiterverband auf einen Reichstarif festlegen zu können. Als Ablauftermin wünschten sie den 31. Dezember als den für Lohnkämpfe Arbeiter ungünstigsten Zeitpunkt im Jahre.

Es ist anders gekommen, als es die Herren und ihre hochmögenden Hintermänner wünschten. Damals hatte die deutsche Arbeiterklasse einen ungünstig verlaufenen Reichstagswahlkampf hinter sich. Die aufgeschreckte „Partei der Nichtwähler“ hatte dem Bürgertum zu einem Sieg — allerdings zu einem verhängnisvollen Sieg — verholfen. Glaubte man so die Sozialdemokratie am 25. Januar 1907 „niedergeritten“ zu haben, so sollte die Niederlage der Arbeiterklasse durch die Niederrückung der Gewerkschaften vollendet werden. Es verlohnt sich, daran zu erinnern, daß damals die „Altnische Zeitung“, das Organ der rheinisch-westfälischen Großindustrie, schrieb:

„Dieser gewaltige Kampf, der sich in der Hauptsache zwischen dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband abspielt, kann nicht mehr als ein rein wirtschaftlicher angesprochen werden. Er wird vielmehr auf beiden Seiten unter großen politischen Gesichtspunkten geführt. Da es der erste Lohnkampf ist, den die Sozialdemokratie nach ihrer Wahlniederlage zu bestehen hat, so ist es einleuchtend, daß sie diese Gelegenheit benutzen will, um in möglichst eindrucksvoller Weise darzutun, daß sie trotz alledem dennoch die Gebieterin sei. Nun ist die Organisation des Tischlerhandwerkes erst wenige Jahre alt und schien vielleicht nicht derart gefestigt, daß die Sozialdemokratie nicht hätte hoffen dürfen, mit ihr fertig zu werden. Allen Anschein nach hat sie sich aber getäuscht. Die Entschlossenheit, womit die Arbeitgeber in Berlin die Aussperrung vollzogen, und mit der die genannten elf Städte den Solidaritätsvertrag mit Berlin getätigt haben, beweist deutlich, daß der Selbsterhaltungstrieb im Tischlerhandwerk erstarkt und in die richtige Bahn gelenkt ist. Man kann feststellen, daß in den Angehörigen dieses Standes auch das Verständnis dafür erwacht ist, daß sie bei diesem Kampfe die Aufgabe haben, die Wahlniederlage der Sozialdemokratie zu vergrößern. Wer den Versammlungen der kämpfenden Tischlermeister beigewohnt hat, kann wenigstens nicht im Zweifel darüber sein, daß es auch diese politischen Gesichtspunkte sind, die ihnen den Willen zum Siege erweckt haben.“

Als es anders gekommen war, wollten die Tischlermeister zwar später solche hochfliegende Absichten nicht wahr haben. Es ist aber nur zu wahrscheinlich, daß sie sich mit durch den Launel jener Tage fortsetzen ließen zu der wahnwitzigen Aussperrung, die ihnen die erhoffte Vernichtung der Arbeiterorganisation nicht bringen konnte. Nicht bringen konnte, weil ja der bürgerliche Wahlsieg nicht gewonnen worden war infolge irgendwelchen Zurückgehens der Organisationen des arbeitenden Volkes. Der Siegestaumel verbrauchte. Nicht Vernichtung, sondern Anerkennung des Holzarbeiterverbandes brachte der Abschluß der Aussperrungen von 1907. Der Erfolg des „Niederreitens“ war nicht ein Reichstarif nach dem Herzen der Unternehmer; die mußten sich vielmehr mit drei Tarifgruppen abfinden, die im Vorjahr wider den ausdrücklichen Beschluß der Unternehmerorganisation sogar auf vier vermehrt wurden. Und der Ablauftermin der Tarifverträge ward auf Mitte Februar gelegt, dem Beginn der besseren Konjunktur. Noch einmal versuchte der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe eine Kraftprobe zu — mar-

heren, als es im Winter 1909/10 an die Erneuerung der Tarifgruppe aus dem Jahre 1907 ging. Es ist dies die größte der bestehenden Tarifgruppen, und die Aussichten für die Unternehmer schienen hierbei die günstigsten zu sein. Doch die entschlossene Haltung und die Opferwilligkeit der deutschen Holzarbeiter haben diesen drohenden Kampf mit Erfolg abgewehrt.

Wieder hat das deutsche Proletariat eine Reichstagswahl hinter sich, und zwar eine, die zeigte, daß es geschlossener denn je dasteht. Die Arbeitgeber in der Holzindustrie hatten sich allerdings schon vorher mit dem Gedanken abgefunden, daß sie die Organisation der Arbeiter nicht vernichten oder auch nur misgachten könnten. Und so verlief die diesjährige Tariferneuerung wenigstens für die weitere Öffentlichkeit verhältnismäßig still. Wir haben über die einzelnen Stadien der Verhandlungen bereits berichtet. Freilich war auch die Zahl der Beteiligten diesmal geringer als sonst, sie betrug nur rund 6000 Arbeiter in 15 Städten. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung schlossen sich die örtlichen Parteien fast durchweg den Vorschlägen der zentralen Schiedskommission an, die bereits im Mitte Dezember 1911 zusammengetreten war. Die getroffenen Vereinbarungen bestimmen, daß innerhalb der nächsten Vertragsperiode die wöchentliche Arbeitszeit in Lauban und Schönlanke um 3, in Krieg, Heidelberg, Nordhausen und Würzburg um 2 Stunden, in den übrigen beteiligten Orten um 1 Stunde herabgesetzt wird. Nur Frankfurt a. M. behält die bestehende 52stündige Arbeitszeit unverändert bei.

Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen um den geforderten Mehrlohn, der ja schon durch die unablässig steigende Verteuerung des Lebensunterhaltes zur gebieterischen Notwendigkeit geworden war. Und es genügt auch gar nicht, nur einen Ausgleich für die Preissteigerungen zu schaffen, die Arbeiterschaft will und muß den Stand ihrer Lebenshaltung erhöhen. Manche Unternehmer glaubten schon mit einer Lohnaufbesserung von 3 Pf. in der Stunde das Kuberste geleistet zu haben. Schließlich aber konnten sie sich doch wohl der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Organisation der Holzarbeiter stark genug sei, zu erkämpfen, was man den Arbeitern vorenthielt. Wo keine Einigung der Parteien zustande kam, entschied die zentrale Schiedskommission, die zu diesem Zwecke im Mitte Februar über eine Woche lang in Berlin versammelt war. Das Endergebnis war, daß in allen Orten die Stundenlöhne um 6 Pf. erhöht werden, nur in Schönlanke beträgt die Aufbesserung bloß 5 Pf., dafür stellt sie sich für Nürnberg auf 7 Pf. Die gleichen Steigerungen erfahren die Mindest- und Durchschnittslöhne, nur kommen bei diesen in Cassel und Ludwigshafen je 8 Pf. Zuschlag auf die bisherigen tariflichen Sätze. Die künftigen tariflichen Stundenlöhne sind aus der drittletzten Zahlenreihe der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich. Dabei ist zu beachten, daß es sich in Cassel, Heidelberg, Krieg, Lauban, Nordhausen, Schönlanke und Neustadt a. Orla um Durchschnittslöhne, in den anderen Orten dagegen um Mindestlöhne erwachsener Arbeiter handelt. Die wirklichen Verdienste der Mehrheit der Arbeiter müssen also in diesen Orten entsprechend höher ausfallen.

Ort	Arbeitszeit			Durchschnittslohn			Erhöhung
	1902		Verlängerung	1914		Erhöhung	
	Std.	Std.		Woche	Std.		
Frankfurt a. M.	55,7	52	3,7	26,71	63	32,76	6,05
Nürnberg	54,8	52	2,8	21,70	55	28,60	6,90
Mannheim	57,6	52	5,6	24,92	56	29,12	4,20
Ludwigshafen	57,9	52	5,9	22,77	56	29,12	6,35
Cassel	57,1	53	5,1	20,35	55	29,15	8,80
Karlsruhe	59,4	53	6,4	22,34	54	28,62	6,28
Filenburg	60	54	6	17,48	46	24,84	7,36
Heidelberg	60,6	54	6,6	20,55	54	29,16	8,61
Forzheim	59,4	54	5,4	20,38	50	27,—	6,62
Würzburg	58,9	54	4,9	18,47	46	24,84	6,37
Krieg	63,3	56	7,3	15,37	44	24,64	9,27
Lauban	—	56	—	—	40	22,40	—
Nordhausen	61,2	56	5,2	17,94	47	26,32	8,38
Schönlanke	60	56	4	16,53	45	25,20	8,67
Neustadt a. Orla	64,5	57	7,5	15,38	44	25,08	9,70

Die vorstehende Darstellung der Entwicklung von Lohn und Arbeitszeit in den beteiligten Orten seit dem Jahre 1902 zeigt, daß in diesen letzten zehn Jahren recht bedeutende Fortschritte gemacht worden sind. Ist doch die Arbeitszeit um 3 bis 7 Wochenstunden vermindert und dabei der Verdienst durchschnittlich um über 6 Mt., ver-

einzel um beinahe 10 Mt. erhöht worden. Das ist ein greifbarer Erfolg gewerkschaftlicher Tätigkeit. Denn ohne diese wäre die Verteuerung der Lebenshaltung, die in erster Linie unserer „vorzüglichen“ Wirtschaftspolitik geschuldet ist, mit ihrer ganzen Schwere auf die Schulter der Arbeiter gefallen. Kein Staatsmann und kein Arbeitgeber hätte daran gedacht, freiwillig die Löhne der Arbeiter entsprechend aufzubessern. Außer diesen materiellen Vorteilen sind noch eine Reihe sonstiger Verbesserungen in den neuen Tarifverträgen festgelegt. So unter anderem die Bestimmung, daß Überstunden nur im Einverständnis mit den Arbeitern oder nach der Entscheidung der Schlichtungskommissionen angeordnet werden dürfen, daß die zivilrechtliche Haftbarkeit der Verbände ausgeschlossen bleibt und daß eine neue Arbeitsstelle nicht wieder mit dem dort üblichen niedersten Lohn angetreten werden muß.

Wohl sind nun die Vereinbarungen getroffen, ihre Durchführung aber liegt jetzt an den Arbeitern und stellt an ihre Disziplin und ihren Zusammenhalt hohe Anforderungen. In den meisten Städten haben die Arbeitgeberversammlungen die neuen Bedingungen bereits angenommen. Nur in einigen kleineren Orten, in denen die Macht der Arbeitgeberorganisation nicht weit reicht, versuchen die Unternehmer zurzeit noch Schwierigkeiten zu machen oder abzuhandeln. Es wird ihnen nichts helfen. Die Arbeiterorganisation wird darauf dringen, daß die Bestimmungen, welche die Tarifinstanzen schufen, auch überall zur Durchführung kommen. Schwierigkeiten bei der Innehaltung der Verträge sterben während der gesamten Tarifdauer nie ganz aus; sie zeigen, daß auch die Tarifpolitik die Arbeiter nicht von der steten Organisationsfähigkeit entbindet, sondern diese zur dringenden Pflicht macht. fk.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Selten hat sich in Sachsen der Wahlkampf mit solcher Schärfe abgepielt wie diesmal, namentlich in einzelnen Wahlkreisen. Der schneearme Dezember ließ eine weitgehende Agitation zu und ermöglichte es, daß Dörfer besucht wurden, die bei großen Schneefall nicht erreicht werden können. Vom 21. November bis Mitte Dezember v. J. referierte die Unterzeichneter über „Die Reichstagswahl und die bürgerlichen Parteien“ in Versammlungen, die in den folgenden Orten des 21. sächsischen Kreises Annaberg-Buchholz stattfanden: Frohnau, Crottendorf, Ehrenfriedersdorf, Crandorf, Wiesa, Rittersgrün, Unterstüngenrath, Cunersdorf, Wittweida-Marlersdorf, Langenberg, Raschau, Böhle, Buchholz, Oberwiesental. Die Versammlungen waren außerordentlich gut besucht, trotzdem die Teilnehmer oft stundenweite Wege zum Lokal zurücklegen mußten. In einigen Versammlungen beehrten uns die Anhänger Stresemanns mit ihrem Besuch. Doch taten diese Gefandten des Herrn den Mund nicht auf, bis auf den christlichen Gewerkschaftsbeamten Purfürst-Chennig, der in Oberwiesental Grausiges vom „Teilen“ im Zukunftsstaat und von Webers und Singers angeblichen Willionen erzählte. Mit Zitaten von Herrn Calver, Schippel und dem Korbmacher Fischer suchte er die Sozialdemokratie zu vernichten. Anscheinend hatte er von einer außerordentlichen Wirkung seines Auftretens geträumt, denn zu seinem Schutze hatte er sich des Ortspolizisten verschrieben. In Crottendorf sagte vor dem Beginn der Versammlung der Wützel zu ein paar neugierigen Spielern: „Es wird wohl niemand kommen, wir haben schon dafür gesorgt.“ Aber sonderbar, es kamen 350 Personen, die den Saal füllten. Als der Polizist gefragt wurde, was er in der Versammlung wolle, erhob er sich von seinem Plage und erklärte würdevoll, er sei zum Schutze der Ordnung da. Als die Referentin die Versammelten zur Wahl des Genossen Grenz aufforderte, erlang der Ruf: „Stresemann slegt!“ Und am 12. Januar ist er richtig mit 2000 Stimmen Verluft geslegen. „Es ist eine Lust zu leben,“ sagte König August von Sachsen 1907. Wahrscheinlich, es ist eine Lust zu leben im Jahre 1912! Weitere Versammlungen folgten im Januar d. J. in 15. und 20. sächsischen Wahlkreis in folgenden Orten: Göritzheim, Crumbach, Röhrsdorf, Oberneuschönberg, Griesbach und Thum. In Röhrsdorf hatten die Gegner für die gleiche Zeit wie wir eine Versammlung angesetzt. 25 Personen nahmen an ihr teil, 375 an der unseren. In Oberneuschönberg waren einige junge Leute aus dem Konior des Hüttenwerkes in die Versammlung gesandt worden, ausgerüstet mit Bleistift und Papier. Was sie notieren sollten: die Ausführungen der Unterzeichneter oder die Namen der Teilnehmer, das wurde uns nicht ganz klar, denn in dem großen Gedränge kamen sie gar nicht zum Schreiben. Auch einige Meister waren anwesend, denen ich den Rat gab, sich meine Ausführungen und nicht die Namen der Ar-

beiter zu merken. Die Versammlung endete mit dem Rufe: „Wir wählen Göhre!“

Interessant war es am Wahlabend im Partesaal dritter Klasse auf dem Bahnhof in Flöha i. S. Anscheinend befand sich dort das Wahlbureau der Nationalen. Als die ersten Resultate aus kleinen Dörfern mit 21 bis 42 Wahlberechtigten kamen: Stücklen 5, Pastor Richter 17 oder Stücklen 7, Roth 6, Pastor Richter 16, da brach ein großer Jubel los. „Das kostet was, eine gute Zigarre aus meinem Kasten, hier, meine Herren!“ Für die zweite ähnliche Nachricht wurde Bier spendiert. Kam ein Post- oder Bahnbeamter und brachte eine Depesche für das Wahlkomitee, so gab es ein kleines Glas Lagerbier. „Wenn Stücklen siegen würde! Es ist günstig, Pastor Richter hat sich prächtig geschlagen.“ Plötzlich erlang der Ruf: „Stresemanns Sieg ist sicher!“ Großer Jubel: „Na, das kostet was, Herr Direktor!“ Wir mühten zu unserem Bedauern fort, der Zug nach Dresden fuhr ein. Ob die Herren in Flöha auch noch um 11 Uhr abends Bier und Zigarren gespendet haben? Marie Wadwiz.

In den Orten Mörfelden, Erzhausen und Darmstadt des Wahlkreises Darmstadt fanden im letzten Dezember und Anfang Januar öffentliche Frauenversammlungen statt, die die Parteiorganisationen festigen sollten. Die Unterzeichnete sprach über das Thema: „Die Stellung der Frauen zur Lebensmittelversorgung und die kommenden Reichstagswahlen“. Sie unterzog die Tätigkeit des vergangenen Reichstags einer scharfen Kritik und zeigte den außerordentlich zahlreich erschienenen Proletarierinnen an der Hand von Beispielen, daß unter ihren Folgen die Frauen am meisten zu leiden haben. Diese hätten daher alle Ursache, so bewies sie weiter, bei den Reichstagswahlen die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen. Nach einer Schilderung des heute herrschenden Klassenkampfes forderte sie die Frauen dazu auf, ihren Protest gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung am besten dadurch auszudrücken, daß sie der Sozialdemokratie beitreten und deren Tagespresse wie auch die „Gleichheit“ abonnierten. Lebhafter Beifall folgte dem Vortrag. Zwanzig weibliche und fünf männliche Parteimitglieder und Leser der Parteipresse wurden gewonnen. Der Ausfall der Reichstagswahlen hat inzwischen gezeigt, daß der in den Versammlungen ausgestreute Samen auf guten Boden gefallen war.

Am 14. Januar hielt der Fabrikarbeiterverband in Münster bei Dieburg eine öffentliche Frauenversammlung ab, die von 280 bis 300 Personen besucht war. Genossin Eisinger sprach über die Frage: „Warum sollen sich die Fabrikarbeiterinnen organisieren?“ Sie kritisierte die Mißstände in der Haarschneiderei und Pelzfabrik in Münster, in welcher schlechte Arbeitsverhältnisse verbunden mit schlechter Behandlung herrschen und armseliger Lohn gezahlt wird. Weder Speise- und Ankleideräume noch Wasch- und Badegelegenheit sind vorhanden. Die Referentin schilderte die Zustände, unter denen die Fabrikarbeiterinnen im allgemeinen leiden müssen, und die ihre Moral gefährden; sie kennzeichnete die Nichtachtung, mit der Werk- und Saalmeister, Betriebsleiter und sonstige kapitalistische Peitschenschwinger die Arbeiterinnen verlegen. Die bewegte Zeit der Reichstagswahlen machte es unmöglich, nur streng gewerkschaftliche Ausführungen zu geben. Jubelnder Beifall erscholl, als die Referentin den Wert der gewerkschaftlichen Erziehung für die Arbeiterinnen klarlegte und auf den sozialdemokratischen Wahlsieg zu sprechen kam, der zwei Tage zuvor, in der alten Bischofsstadt Mainz mit Hilfe der proletarischen Frauen errungen worden war. Der Vortrag schloß mit der Mahnung an die anwesenden Frauen und Mädchen, sich dem Fabrikarbeiterverband anzuschließen, nur dann könnten sie wirkungsvoll für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Sieben neue Mitglieder traten der Organisation bei. — Um eine Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft zu gründen, berief das Gewerkschaftskartell in Hahn eine Frauenversammlung mit dem Thema ein: „Was bietet die Genossenschaft der Arbeiterfrau?“ Die Unterzeichnete beantwortete diese Frage. Sie führte aus, daß die Bewegung der Klassenbewußten Arbeiterschaft aus drei Zweigen bestehe, aus der politischen, der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Bewegung. Um ganze Arbeit zu machen, mühten sich die Proletarierinnen allen drei Bewegungen anschließen. An das mit Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine Diskussion, in der der Referentin lebhaft zugestimmt wurde. Die Versammlung war von Frauen und Männern gut besucht und brachte nicht nur der Genossenschaft Mitglieder, sondern auch der Partei und der sozialdemokratischen Presse führte sie Abonnenten zu.

Apollonia Eisinger.

Im Wahlkreis Meiningen-Gildburghausen sprach Genossin Röhl-Nixdorf im November und Dezember vorigen Jahres in zwanzig Versammlungen über „Die Reichstagswahl und die Frauen“. In fast allen Orten hatte bis dahin noch keine Frau in einer öffentlichen Versammlung gesprochen, so daß von vornherein auf eine

gute Beteiligung gerechnet werden konnte. Die Erwartung hat auch nicht getrogen. Die Versammlungen in Schwallungen, Steinbach, Wasungen, Bereshausen, Meiningen, Schweina, Ungelstedt, Tunnelborn, Gildburghausen, Wehheim und Untereubrunn waren sehr gut besucht, auch von Frauen. In Baldorf war das geräumige Lokal überfüllt, und der Saal reichte fast nicht aus in Schwallungen, einem Ort mit kleinbäuerlicher Bevölkerung, die aber ihren Nachwuchs in die Fabrik schicken muß, wenn sie existieren will. Unaufhörlicher Beifall bezeugte, daß Genossin Röhl allen aus der Seele gesprochen hatte. Die Frauen scharten sich nach dem Vortrag um die Referentin und beteuerten ihr, derartiges noch nie gehört zu haben; sie bat sie, wieder zu kommen. Die Versammlung brachte dem sozialdemokratischen Verein in Schwallungen neue Mitglieder. In Steinbach wurde nach dem Schluß der Veranstaltung ein Verein gegründet, dem 23 Mitglieder beitraten. Das gleiche geschah in Tunnelborn, wo die Partei jetzt 86 Mitglieder zählt. Besser besucht hätte die Versammlung in Leimbach sein können, doch wurden auch dort Mitglieder für die Sozialdemokratie gewonnen. Die weiteren Versammlungen fanden in Orten hoch oben auf dem Thüringer Walde statt, wo die Hausindustrie vorherrscht. Die Referentin sammelte dort reiche Erfahrungen, die sie bei der nächsten Agitationstour verwerten kann. Überall wurde der Wunsch laut, Genossin Röhl möchte recht bald wiederkommen. Der Erfolg wird nun nach der Vorarbeit nicht ausbleiben. In den zwanzig Orten war die Beteiligung an Versammlungen noch nie so groß wie diesmal. Die Frauen, die sonst in keine politische Versammlung gegangen waren, hatten sich, wenn auch nicht in allen Orten, so doch in den meisten in erheblicher Zahl eingefunden. Diese günstige Situation muß für die Partei ausgenutzt werden. Sind die Frauen erst einmal zu der Erkenntnis gelangt, daß politische Angelegenheiten auch sie angehen, so wird es nicht zu schwer fallen, sie der Organisation zuzuführen. Ch. L.

Bericht über die Tätigkeit der Genossinnen des fünften sächsischen Wahlkreises im Vereinsjahr 1910/11. Die Genossinnen hielten wie im Jahre zuvor in jedem Monat einen Diskussionsabend ab; einmal — im ersten Monat — fand statt seiner ein Wanderabend statt. In den nächsten vier Diskussionsabenden wurden die folgenden Fragen erörtert: „Wie fördern wir die Jugendorganisation?“, „Berichterstattung vom Parteitag“, „Unsere Gegenwartsforderungen“, „Familienrecht“. Dann folgte ein heiterer Unterhaltungsabend: Rezitationen, Musik und Gesang bereiteten den Frauen einige frohe Stunden. Später trat eine neue Gestaltung unserer Abende zur Schulung der Genossinnen ein. Während bis dahin bald eine Frage aus diesem, bald aus jenem Gebiet erörtert worden war, legten die Genossinnen auf die Anregung der Genossin Gradnauer hin ihrer Bildungsarbeit ein bestimmtes Programm zugrunde. Sie ließen einen Vortragszyklus über folgende Thematia halten: „Die Stellung der Frauen von den Anfängen der Kultur bis zum Mittelalter“, „Die Frau im kapitalistischen Zeitalter“, „Die Konträreiz der Geschlechter“, „Reform der Hauswirtschaft“. Damit war der Zyklus noch nicht beendet, doch sind die übrigen Vorträge schon in das neue Vereinsjahr gefallen. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit dieser systematischen Arbeit zur besseren theoretischen Durchbildung der Genossinnen gemacht und empfehlen sie den Genossinnen anderer Städte zur Nachahmung. Auch einige Agitationsversammlungen müssen wir verzeichnen. In einer öffentlichen Frauenversammlung sprach Genossin Hanna Berlin über „Berufsarbeit und Mutterchaft“, in einer Volksversammlung Genossin Zieg über „Reichstagswahlen und Frauenstimmrecht“. Der Frauentag hatte einen außerordentlichen Erfolg und brachte uns neue Kämpferinnen. Der Besuch aller Veranstaltungen war zufriedenstellend. Trotzdem müssen wir eine größere Beteiligung der Genossinnen an den Diskussionsabenden erstreben. Wir brauchen dringend immer mehr neue Kräfte zur Bewältigung der vielen Arbeit, die in der Dienboten-, der Kinderschulung- und der Jugendschutzkommission ihrer Erfüllung harret. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder betrug am Schluß des Vereinsjahres 449, wir wünschen, daß sie bis zum nächsten Jahreschluß bedeutend gewachsen sein möge. An unserem guten Willen wird es nicht fehlen, unsere proletarische Frauenbewegung zu stärken und zu vertiefen. Maria Kreyßmar.

Agitationsliteratur. Die kleine, von uns in letzter Nummer der „Gleichheit“ angekündigte Broschüre mit dem Titel „Bist du eine der Unfrigen?“ ist inzwischen in der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen. Auf besserem Papier gedruckt und kartoniert kostet sie 10 Pf. das Stück. Bei größeren Bezügen und ohne Umschlag wird sie für 1 1/2 Pfennig das Stück geliefert. Namentlich bei Hausagitationen, aber auch sonst, wird sie unseren Genossinnen die Werbung neuer Kampfgenossinnen erleichtern. L. Z.

Pauline Hennig †. Am 19. Februar ist in Leipzig Pauline Hennig im 49. Lebensjahr ganz unerwartet an den Folgen einer Operation verstorben. Genossin Hennig, aus rein proletarischen Verhältnissen stammend, beteiligte sich nicht unmittelbar an der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Sie war überzeugt, daß die Frauenfrage nur mit der sozialen zugleich gelöst werden könne, und hielt eine besondere Frauenagitation für eine Zersplitterung der Kräfte. Mit ihrer ganzen Persönlichkeit setzte sie sich ein für die Heranbildung der proletarischen Jugend, namentlich der Kinder. Lange, ehe die organisierte Arbeiterchaft der proletarischen Jugendzuehung die gebührende Aufmerksamkeit zuwandte, nahm sie, die kinderlose, sich des jungen Nachwuchses unserer Vereinsmitglieder an. Die ersten Märchenaufführungen für Kinder und von Kindern leitete Genossin Hennig mit großer Geduld und Hingabe. So beliebt waren diese Veranstaltungen, daß viele Arbeitervereine aus der Umgegend Leipzigs die kleine Schauspielertruppe beriefen, um ihren Kindern etwas Schönes zu bieten. An schulfreien Nachmittagen las Pauline Hennig den Kindern die alten schönen Volksmärchen vor und belebte sie durch Lichtbilder. Auf ihre Anregung und unter ihrer Mitwirkung veranstalteten unsere Ortsvereine Spielleiterkurse für die Sommer- und Kinderfeste der Arbeiterorganisationen. Die dramatische Abteilung des früheren Arbeiterbildungsvereins Leipzig-Lindenau, die ganz zu verfallen drohte, hob sie gemeinschaftlich mit ihrem Gatten auf ein so hohes Niveau, daß sie wirklich wertvolle Sachen aufzuführen und damit die Feste der Arbeiter veredeln konnte. Ganz besonders bot die Jugendbücherei einen Wirkungskreis, in dem sich Pauline Hennig seit Jahren mit reichem Erfolg betätigte. Niemand von uns, auch unsere treue Genossin selbst nicht, hätte geahnt, daß es das letzte Zusammenarbeiten war, als sie vierzehn Tage vor ihrem Hinscheiden wie immer an ihrem Plaze in der Bibliothek stand und ganz beiläufig bemerkte, sie könne vielleicht zweimal nicht kommen und müsse sich vertreten lassen. Mit der Jugend unternahm Genossin und Genosse Hennig Wanderungen in die Umgegend Leipzigs, stets das Empfinden für die Schönheiten der heimatischen Natur weckend, das Wissen bereichernd, die Herzgebildung fördernd. Und nicht vergessen wollen wir, daß das außerordentlich fruchtbringende Wirken unseres Genossen Gustav Hennig auf dem Gebiet der Jugendzuehung und des Bildungswesens nur ein so umfassendes werden konnte, weil er in Pauline eine so verständnisvolle Gefährtin gefunden hatte. So tief und aufrichtig wir alle um die Geschiedene trauern, ihn trifft doch der Verlust am härtesten. Möge ihm der Gedanke zum Trost gereichen, der uns, die Kämpfer für die Befreiung der Menschheit, nie ganz unglücklich werden läßt, daß wir für die Zukunft leben und daß auch seine treue Weggenossin für die Zukunft gelebt hat. Es war Genossin Hennig vergönnt, sich noch an dem herrlichen Wahlsieg des deutschen Proletariats zu erfreuen und an ihm die fröhliche Hoffnung zu stärken, daß der endgültige Triumph des Sozialismus in greisbare Nähe gerückt ist. Die Jugend wird der Geschiedenen in Liebe gedenken, und uns wird ihr vorbildliches Wirken zu hingebungs-voller, nie erlahmender Arbeit anspornen. Klara Wehmann.

Politische Rundschau.

Ein lächerlicheres und zugleich kläglicheres Schauspiel, als es der Nationalliberalismus in diesen Wochen bei der Präsidentenwahl im Reichstag geboten hat, vermöchte selbst die ausschweifendste Einbildungskraft nicht zu erfinden. Hin und her schwanke zwischen der Bier, ein Ethel Nacht zu ergattern, und der Feigheit, durch eine Tat es mit der Reaktion zu verderben, haben diese liberalen Helden sowohl Macht wie Achtung verloren. Nach dem schlan berechneten Rücktritt des Zentrumsmanns Spahn bekamen es die Nationalliberalen mit der Angst zu tun; die Rücksicht auf ihren guten Ruf erlaubte ihnen nicht, in einem reinen Präsidium der Linken zu sitzen. Herr Paasche mußte — nicht gerade freudigen Herzens — den Vizepräsidentenposten im Ethel lassen. Der Fortschritt stellte nun zwei Mann fürs Präsidium, allerdings nicht ohne zu seiner Entschuldigung zu erklären, daß er damit der Arbeitsfähigkeit des Reichstags ein Opfer bringe. Die ganze Größe des Opfers konnte man erst hinterher ermessen. Den Herren Kämpf und Dove, die als Präsident und zweiter Vizepräsident gewählt sind, wurde der Empfang bei Hof verweigert. Bisher hatten die Präsidenten — ganz unüblicherweise, da es durch die Verfassung gar nicht vorgeschrieben ist — allemal nach der Konstituierung des Reichstags den Gang zu Hof angekreuzt, um dem Kaiser diese Tatsache mit tiefer Verbeugung zu melden. Bethmann Hollweg hat ihnen diesmal die Schloßforten sperren lassen, weil das Präsidium nicht vollständig war, das sich bei Wilhelm II. angemeldet hatte. Denn Genosse Scheidemann hatte selbstverständlich

die Beteiligung am Hofgang abgelehnt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte den bürgerlichen Parteien vor der Präsidentenwahl unzweideutig erklärt, daß der sozialdemokratische Vizepräsident keine höfischen Verpflichtungen übernehme. Wilhelm II. aber will kein unvollständiges Präsidium empfangen, weil er sonst, wie die bürgerliche Presse zu verstehen gibt, der Sozialdemokratie durch ihr Fernbleiben Gelegenheit zu einer antimonarchischen Demonstration gäbe. Ob er damit seine Bereitwilligkeit erklärt hat, ein Präsidium zu empfangen, dem ein Sozialdemokrat angehört, darüber mögen sich die fortschrittlichen Blätter den Kopf zerbrechen. Die Fortschrittler möchten nämlich die Gelegenheit benutzen, um die Sozialdemokratie von der Notwendigkeit und zugleich von der Gefahrllosigkeit des Hofganges zu überzeugen — von dieser durch den Hinweis, daß der sozialdemokratische Vizepräsident keine Abweisung zu fürchten habe. Nun das wäre die geringste Sorge für die Sozialdemokratie. Wenn sie sich weigert, zu Hofe zu gehen, so nicht um der Gefahr willen, daß der Kaiser den Empfang ihres Vertreters ablehnen könnte. Übrigens wäre Wilhelm II. ganz im Recht, wenn er sich die Reberenz einer Partei verbitten würde, die das Königtum grundsätzlich bekämpft. Und es wäre auch gerade nicht angenehm, wenn der Träger der Krone mehr Festigkeit in seinen Grundsätzen und mehr Stolz bewiese, denn die Vertreter des Proletariats. Aber das ist nicht das Entscheidende. Selbst wenn sie volle Sicherheit hätte, empfangen zu werden, weigert sich die Sozialdemokratie, zu Hofe zu gehen. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, zu Hofe zu gehen, deshalb, weil sie als demokratische und republikanische Partei kein Recht dazu hat, höfische Zeremonien zu erfüllen. Es wäre ja eine Heuchelei sondergleichen, wollte die Partei, die den bestehenden Staat im allgemeinen und die monarchische Staatsform im besonderen bekämpft, höfische Verpflichtungen übernehmen, die in der Verfassung gar nicht vorgesehen sind. Sie darf das nicht, weil sie sich nicht selbst untreu werden darf, weil sie nicht heucheln darf. Denn damit zerstört sie ihre beste Kraft, das Vertrauen der Proletarier in ihre unbedingte Zuverlässigkeit, in ihren festen, unbegleitbaren Willen, das Ganze ihrer Forderungen durchzusetzen.

Die Sozialdemokratie hat deshalb auch bei allen Verhandlungen, die sie diesmal wegen der Präsidentenwahl mit den bürgerlichen Parteien geführt hat, keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein sozialdemokratischer Präsident keinerlei höfische Verpflichtungen übernimmt. Das ist denn auch unbestritten. Doch auf die armen Nationalliberalen regnete es die schwersten Vorwürfe wegen der entsetzlichen Tatsache, daß ein Teil von ihnen einen Sozialdemokraten ins Präsidium gewählt, ein Teil sogar für Bebel als Präsidenten gestimmt hatte. Im nationalliberalen Lager außerhalb und innerhalb des Reichstags brach eine Empörung aus, zeitweilig wurde sogar von einer Spaltung der Partei gesprochen. Um daher ihr Vorgehen bei der Wahl des Präsidiums in milderem Lichte erscheinen zu lassen, verbreiteten die Nationalliberalen nachträglich die Fabel, die Sozialdemokratie hätte wenigstens für den Fall der Verhinderung des Präsidenten die Übernahme höfischer Verpflichtungen zugesagt. In offener Reichstags-sitzung haben sie diese Behauptung wiederholt und Grob er vom Zentrum und Müller vom Fortschritt haben ihnen dabei Hilfe geleistet. Indes ergibt das bestimmte, unzweideutige Zeugnis Bebel's, daß hier nur der Wunsch der Bürgerlichen der Vater der Behauptung ist. Bebel hat lediglich zugesagt, der sozialdemokratische Vizepräsident werde, wenn bei Verhinderung des ersten Präsidenten eine Gelegenheit eintrete, in denen die bürgerlichen Parteien das Bedürfnis nach einem Kaiserhoch oder einem Hofbesuch empfänden, dergleichen nicht verhindern, sondern dann zugunsten des zweiten Vizepräsidenten verschwinden. Solche Rücksicht auf die Mehrheit des Hauses ist selbstverständlich. Daß aber der sozialdemokratische Vizepräsident sich selbst zu solchen Handlungen hergeben wollte, ist natürlich ausgeschlossen. Aus der Hartnäckigkeit aber, mit der die Nationalliberalen an ihrer Legende festhielten, geht klar hervor, daß sie den höchsten Wert darauf legen, es mit Regierung und Schwarzblauen nicht zu verderben. Wenn am 13. März die durch die Geschäftsordnung des Reichstags vorgeschriebene Wiederholung der Präsidentenwahl stattfindet, so wird also die Herrlichkeit des sozialdemokratischen Vizepräsidenten ihr schnelles Ende finden. Die Sozialdemokratie wird darob nicht trauern. Sie kann es ertragen, keinen Mann im Präsidium zu haben, ihre Kraft hat andere Wurzeln. Jedenfalls wird durch die Wahl eines schwarzblau-liberalen Präsidiums die Lage klar gekennzeichnet, und alle vertriebenen Hoffnungen auf eine Mehrheit der Linken werden gründlich zerstört. Die Sozialdemokratie kann von solcher Mehrheit nur gewinnen. Sie erfährt wieder einmal, daß sie von allen bürgerlichen Parteien streng geschieden ist. Es verlautet nämlich, daß auch der Fortschritt bereit ist, an einem

rein bürgerlichen Präsidium teilzunehmen. Damit er dabei auch Platz neben Zentrum, Konservativen und Nationalliberalen bekommen kann, soll noch der Posten eines dritten Vizepräsidenten geschaffen werden. Wie wird sich aber Kaiser Wilhelm freuen, wenn nicht nur drei, sondern vier Präsidenten ihn im Schlosse besuchen werden!

Der Reichszankler Bethmann Hollweg darf sich, wenn dieser Plan zur Reife kommt, eines Erfolges rühmen. Denn er hat sich mit dem ganzen Gewicht seines Amtes bei den Staatsdebatten gegen den sozialdemokratischen Vizepräsidenten ins Zeug gelegt. Der eine Erfolg ist dem Armen zu gönnen, denn sonst sieht es für ihn ziemlich trübe aus. Die Konservativen grollen ihm, weil er diese Undankbaren nicht genügend bei der Korrigierung des Wahlgücks unterstützt hat. Ferner drohen sie und das Zentrum mit offener Empörung, falls die Regierung zur Deckung der neuen Rüstungsvorlagen wieder mit der Erbschaftsteuer kommen sollte. Die Herren Junter wollen ihre Vaterlandsliebe gern durch Bewilligen neuer Rüstungen zu Wasser und zu Lande beweisen, aber sie beben vor Zorn, wenn ihnen zugemutet wird, ihren patriotischen Opfermut auf eigene Kosten zu üben. Zum Zahlen sind doch andere Leute da, wenn nicht die große Masse, die man durch die neuen indirekten Steuern schon bis aufs äußerste auspreßt, so die Bank- und Kaufherren und Industriellen. Diese aber bedanken sich höflichst für den Vorzug; wenn der Besitz einmal blechen soll, so wollen sie wenigstens die Großgrundbesitzer mit gefaßt wissen. Deshalb fordern die Liberalen ebenso entschieden die Erbschaftsteuer, wie die Blauschwarzen sie verwerfen. So ist der Reichszankler in einer lösen Klemme. Für die Rüstungsvorlagen hat er zwar eine sichere Mehrheit, da alle bürgerlichen Parteien hierbei gegen die Sozialdemokratie zusammenhalten. Aber es fehlt ihm die Mehrheit für die Deckung der Kosten. Denn die Sozialdemokratie wird für eine Erbschaftsteuer nur stimmen, wenn sie für Kulturzwecke bestimmt ist oder wenn durch sie bisher bestehende indirekte Steuern ersetzt werden würden. Bethmann Hollweg hat also zurzeit keinen festen Boden unter den Füßen, und in dieser peinlichen Lage konnte er sich bei den Staatsdebatten um so eher als der Zankler über den Parteien aufspielen. Er machte jeder Partei schulmeisterliche Vorhaltungen. Der Reichszankler trat als Reichsabkanzler auf, eine Rolle, die ebenso anmaßend als lächerlich wirkte. Natürlich lag der Schwerpunkt seiner Vorwürfe doch wieder links. Herr Bethmann markierte den starken Mann, der auf den Volkswillen pfeift, der sich bei den Wahlen gezeigt hat. Die Reichsregierung denkt nicht an Entgegenkommen, sie erklärt schon jetzt, daß sie sich den Forderungen auf Reform der Reichsverfassung, auf Reichszanklerverantwortlichkeit, Annäherung an das parlamentarische Regiment, Neueinteilung der Wahlkreise usw. entschieden widersetzen wird. Woher der Herr Zankler zugleich wieder zeigte, wie sehr er das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht haßt. Die sozialdemokratischen Redner sind ihm die Antwort nicht schuldig geblieben. Abriß, ganz hat die Reichsregierung, so trübig sie auch tut, das Wahlergebnis doch nicht zu mißachten gewagt. Sie hat zwar nicht, wie die Sozialdemokratie forderte, den Kartoffelzoll ganz aufgehoben, aber sie ist doch auf die fortschrittliche Forderung der zeitweiligen Aufhebung eingegangen — bis zum 30. April ist der Zoll erlassen. Die Junter haben vergeblich dagegen getobt. Das Zentrum war, wie immer, schlauer. Es stimmte zu, allerdings mit verdrossener Miene und mit der Behauptung, daß die Maßregel nichts nützen werde. Sein Redner, der Abgeordnete Giesberts-Essen, erklärte in der Reichstagsdebatte mit eiserner Stirn, daß das Zentrum seinerzeit gegen den Kartoffelzoll gewesen sei; die Älten des Reichstags bewiesen schwarz auf weiß das Gegenteil.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Wollen die deutschen Gewerkschaften unseren Kameraden im Ausland vielfach als Muster, so scheinen die Feinde des Klassenbewußten Proletariats die deutschen Methoden zur Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung als nachahmenswert anzusehen. Dafür spricht ein vertrauliches Schreiben des Vizekonuls der Republik Argentinien in Düsseldorf. Dieser Herr, ein Major v. Goldig, hat sich an die Unternehmerverbände mit dem Ersuchen gewandt, ihm ihre Jahresberichte zuzusenden. Seine Bitte begründet er damit, daß die argentinische Regierung großes Interesse an der Bekämpfung von Streiks nehme, da solche dem jungen, reichen Lande schon wiederholt sehr schweren Schaden zugefügt hätten. Die im Deutschen Reich erprobten Mittel zur Bekämpfung dieses sozialen Übels ließen sich zwar nicht ohne weiteres mit Aussicht auf gleichen Erfolg auf ein

fremdes Land übertragen. Immerhin sei es jedoch von großem Nutzen, sie zu kennen. Die argentinische Regierung will daher die Jahresberichte des Arbeitgeberverbandes haben, denn sie ist der Ansicht, daß nur durch die Organisation der Arbeitgeber den Streiks wirksam gesteuert werden könne. Herr v. Goldig gibt in seinem Schreiben dem Arbeitgeberverband die Versicherung, daß alle ihm gegebenen Mitteilungen unter Hervorhebung ihres geheimen Charakters unmittelbar von ihm selbst weiterbefördert werden. Welche wichtigen Aufgaben doch so ein Konsul zu erfüllen hat! Das republikanische Argentinien wird übrigens mit dem deutschen Muster recht übel beraten sein. Die von den deutschen Unternehmern beliebte Methode der Gewerkschaftsbelämpfung hat bisher mit der Ausrottung des „sozialen Übels“ verdammt wenig Erfolg gehabt, wie die alljährliche Streikstatistik der Generalkommission beweist. Das Studium dieser Statistik sollte sich die argentinische Regierung lieber angelegen sein lassen, anstatt den Mißerfolgen deutscher Unternehmer nachzuströben.

Im Berggewerbe hatten sich immer mehr Wetterwolken drohend zusammen und kündigen eine internationale Auseinandersetzung zwischen Grubenarbeit und Grubenkapital an. Nicht allein in Deutschland und in England erheben die Bergarbeiter Forderungen, auch in Frankreich und in Belgien hat unter den Grubenproletariats die Bewegung eingesetzt. In Deutschland ist das Ruhrgebiet der Hauptkampfplatz, aber auch in Oberschlesien sind die Bergleute bereits in die Lohnbewegung eingetreten und haben ihre Forderungen beim Zechenverband eingereicht. Seiner gegenwärtigen Getreue, hat dieser die Forderungen mit der Begründung abgelehnt, er sei dafür nicht zuständig, die Arbeiterausschüsse müßten sich an die einzelnen Grubenverwaltungen wenden. Das ist nun gleichfalls geschehen. Die Bergarbeiter fordern: Erhöhung der Durchschnittslöhne um 15 Prozent für alle Arbeiter und Veseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter. Achtstündige Schichtdauer im allgemeinen, siebenstündige bei 22 Grad Celsius und sechsstündige bei 28 Grad Celsius, einschließlich der Ein- und Ausfahrt. Übersichten sollen nur bei Unglücksfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Pferden zulässig sein. Keine Aufrechnung der reichsgesetzlichen Leistungen für Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen durch den Knappschaftsverein auf die Knappschaftsleistungen. Umwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen paritätischen. Einschränkung des Strafzwangs. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts unter Vorsitz eines unparteiischen Vorsitzenden zum Zwecke der Schlichtung von Streitigkeiten. Einrichtung von Ausschankstätten für alkoholfreie Getränke auf den Zechen. Der Zechenverband setzte die Welt durch die Mitteilung in Erlaunen, daß ab 1. April den Bergarbeitern freiwillig eine Lohnerhöhung gewährt würde. Von diesem Tage ab soll nämlich eine Erhöhung der Kohlenpreise eintreten. Der Zweck der Mitteilung ist durchsichtig. Der Hinweis auf die erhöhten Löhne soll die Kohlenverbraucher bestimmen, die erhöhten Kohlenpreise ruhig als „göttliche Fügung“ hinzunehmen. Natürlich kommt aber nur der geringste Teil der Preiserhöhung den Bergarbeitern zugute. Der größte Teil fließt als Extraprofit in die Taschen der Zechenbarone. Tatsache ist außerdem, daß nur die im Schichtlohn Arbeitenden eine Lohnzulage erhalten sollen, während den im Gedinge (Allord) Beschäftigten der billige Rat erteilt wird, sich durch „festes Draufhalten“ bei der jetzigen guten Konjunktur einen Mehrerwerb zu sichern. Als Antwort darauf fanden am Sonntag, den 25. Februar im Ruhrgebiet 20 Massenversammlungen der Bergleute statt, in denen beschlossen wurde, die Lohnbewegung mit allem Nachdruck zu führen. Bei dieser großen Bewegung ist wieder einmal die Haltung des christlichen Verbandes beziehungsweise seiner Führer bemerkenswert. Diese haben sich früher mit Entschiedenheit dafür erklärt, daß bei einem Streik der englischen Bergarbeiter die deutschen Kameraden Solidarität üben. Jetzt aber lehnen es diese nämlichen Herren ab, daß die Christlichen an der Bewegung teilnehmen. Sie sind im siebenten Himmel wegen des „Entgegenkommens“ der Grubenbesitzer und höhnen darüber, daß die deutschen Bergleute sich vor den Starren der Engländer und Belgier spannen sollen.

Diese neue Verräterei der Christlichen hängt in der Hauptsache wohl mit den Reichstagswahlen zusammen. Das heiße Bemühen der christlichen Gewerkschaftsführer, die Reichstagskandidaten des alten Verbandes zu Fall zu bringen, wurde bekanntlich verständnisvoll durch die nationalliberalen Bundesgenossen der scharfmacherischen Zechenbarone unterstützt. Jetzt sollten sie nun diese Wahlhilfe mit schändem Luland lohnen, indem sie ihrer Gefolgschaft gestatten, den nationalliberalen Grubenbesitzern mit Forderungen unbedeuten zu werden? Das ginge wider das christliche Gemüt der Herren. So wurde denn auch von einem Organ der Selben im Ruhrgebiet

den Christlichen bescheinigt, daß ihre Warnung vor dem Streik „gesunde gelbe Gedanken“ enthalte, denen die Weiben nur beipflichten könnten und denen sie nichts hinzuzufügen hätten. Eine grausame aber gerechte Kennzeichnung! Ob jedoch im Ernstfall die Mitglieder des christlichen Vergarbeiterverbandes den Treubruch ihrer Führer mitmachen werden, bleibt abzuwarten. Das Zutrauen der Arbeiter zu dieser Organisation ist im Schwinden begriffen. Nach dem Jahresbericht für 1911 ist die Entwicklung des christlichen Verbandes zum Stillstand gekommen, während der alte Verband im gleichen Zeitraum auf erfreuliche Fortschritte zurückblicken kann und wohlgerüstet zum Kampfe da steht. In England erscheint der Streik unvermeidlich, obgleich sich die Regierung um eine Einigung der streitenden Parteien bemüht. Der Premierminister hat ihnen Vorschläge unterbreitet, die auf eine Hinausschiebung des Streiks hinzielen und den Grubenbesitzern die Anerkennung eines Minimallohns anempfehlen. Beharren die Grubenbesitzer in ihrer ablehnenden Haltung, so kommt es zum Kampfe, denn die Arbeiter denken gar nicht daran, nachzugeben. Die Behörden treffen denn auch bereits — ebenso wie in Frankreich — Vorkehrungen für den Fall, daß der Ausstand zur Tat wird. Namentlich steht das Militär zur Entsendung in die Streikgebiete bereit. Durch den Streik der Vergarbeiter würden auch andere Gewerbe in großem Umfange in Mitleidenschaft gezogen werden, so namentlich die Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande. Das zu London tagende internationale Vergarbeiterkomitee hat im Fall eines Ausstands in England eine internationale Aktion beschlossen.

Die Bauunternehmer rüsten eifrig weiter. Schon gleich nach Beendigung der großen Bewegung im Jahre 1910 haben sie mit ihren ausländischen Erwerbsgenossen Kartellverträge abgeschlossen, durch die sich die Unternehmer des einen Landes bei Streiks in einem anderen Lande zur Solidarität verpflichteten. Ferner wurden die Lieferanten von Baumaterialien gezwungen, für je 1000 M. verkaufter Materialien 3 M. in die Kriegskasse der Baukapitalisten zu zahlen. In einer geheimen Zusammenkunft haben die Unternehmer des weiteren eine Kartellierung der Unternehmerverbände der verwandten Berufe — der Töpfer, Stuckateure, Maler usw. — zustande gebracht. Sie haben beschlossen, eine einheitliche Tarifpolitik zu verfolgen und die Kämpfe gegen die Arbeiter gemeinsam zu führen. Zu diesem Zwecke soll für die in nächster Zeit ablaufenden Tarifverträge ein einheitlicher Ablauftermin bestimmt werden. Auch der Kampf um den Arbeitsnachweis wird in einigen Orten immer noch mit großer Fähigkeit geführt. Durch Tarifvertrag ist diese Frage für das Baugewerbe noch nicht allgemein geregelt. Die Unternehmer wollen ihre parteiischen Nachweise nicht aufgeben, während die Arbeiter mit gutem Recht auf Errichtung paritätischer Nachweise dringen. So ist im Baugewerbe viel Hindernis angehäuft, und die Unternehmer sinnen auf Krieg. Sollte er kommen, so wird er die Bauarbeiter bereit finden.

Aber die Tarifregelung in der Herrenmaßschneiderei wird zunächst in der zentralen Schlichtungskommission verhandelt. Wenn die Hauptvorstände keine Einigung erzielen können, so wird der Kampf sich auf 24 Städte erstrecken, da der Unternehmerverband die Tarife für diese Orte gemeinsam erledigen oder aber alle Streitfragen offen lassen will. Er hat schon alle Maßnahmen für einen etwaigen größeren Kampf getroffen. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß es noch zu einer Einigung kommt.

Daß gegen den Geist des Klassenkampfes schließlich auch der zünftigste Beruf auf die Dauer nicht gefeit ist, beweist die Bewegung der Leipziger Schornsteinfeger. Im Schornsteinfegergewerbe herrscht bekanntlich der Junstgedanke noch sehr stark. Als Ideal schwebt jedem Schornsteinfeger vor, daß ihm dank der zünftlerischen Organisation des Gewerbes ein Einkommen von 10000 bis 20000 M. jährlich sichert. Aber die meisten Angehörigen des Berufs sterben, ehe sie ihr Ideal erreichen, oder sie bleiben arm und werden alt und grau, nachdem sie in jahrzehntelanger gefährlicher Arbeit ein wenig beneidenswertes, geknechtetes Dasein geföhrt haben. Geringer Lohn, Kost- und Logiszwang sind die hervorstechenden Merkmale der Arbeitsbedingungen für die Gehilfen dieses Gewerbes. Die Leipziger Schornsteinfeger verlangen daher die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges und die Gewährung eines Wochenlohns von 32 bis 85 M. Die reichen Meister bieten ihnen 2 M. Zulage und die Teilung des etwaigen Nebenverdienstes der Gehilfen. Hoffentlich ist die Bewegung der erste Anstoß zu der besseren Einricht der Schornsteinfeger, daß nicht in zünftlerischen Vereinen, sondern nur in einer gewerkschaftlichen Organisation ihre Interessen wirksam vertreten werden können.

Der Vergarbeiterverband hat einen herben Verlust zu beklagen. Der Hauptkassierer Genosse Horn erlag einem Herben-

leiden. Genosse Horn war seit 1880 Mitglied des Zentralvorstandes und verwaltete seit 1903 die Hauptkasse. Noch bei der letzten Reichstagswahl war er, soweit es seine Kräfte erlaubten, agitatorisch tätig. Die Bitternisse des Klassenkampfes blieben auch ihm nicht erspart; die Klassenjustiz verbannte ihn wegen Verleumdung eines Vergarers für ein Jahr hinter Gefängnismauern. Genosse Horn hat sich um die Sache der Vergarbeiter wohlverdient gemacht. Sein Gedächtnis wird in Ehren bleiben. #

Die Arbeitslosen zählung im deutschen Textilarbeiterverband, die im Januar stattgefunden hat, ergab bei insgesamt 13248 Mitgliedern, 83528 männlichen und 48920 weiblichen, am Stichtage 935 Arbeitslose. 194 davon waren Arbeiterinnen. Als auf der Reise befindlich wurden am selben Tage 121 Mitglieder gemeldet, davon 4 weibliche. 28 Filialen mit 1725 Mitgliedern haben sich nicht an der Zählung beteiligt, von der insgesamt 98,7 Prozent der Mitglieder erfasst worden sind.

Genossenschaftliche Rundschau.

Ein Ausnahmesteuergesetz gegen die Konsumvereine scharfster Art plant man in Preußen. Nach einer Bestimmung des Entwurfes zu einem neuen Einkommensteuergesetz sollen die Konsumvereine künftig als Einkommen auch die festen Rabatte versteuern, die bisher der Besteuerung nicht unterliegen. Diese Änderung wird nur für die Konsumvereine vorgeschlagen, während Händler und Versicherungsgesellschaften diese Rabatte nach wie vor abziehen können. In Preußen sind schon bisher die Genossenschaften höchst ungleichmäßig behandelt worden. Nach dem geltenden Steuerrecht unterliegen der Einkommenbesteuerung nicht solche Genossenschaften, die ihre Tätigkeit nicht über den Kreis ihrer Mitglieder ausdehnen. Konsumvereine sind hiervon jedoch ausdrücklich ausgenommen, obwohl das Genossenschaftsgesetz sie zwingt, ihre Tätigkeit auf den Mitgliederkreis zu beschränken. Die Folge davon ist, daß in Preußen die Konsumvereine bedeutend mehr Steuern zahlen müssen als die anderen Genossenschaften, und daß nahezu 14 800 Genossenschaften in Preußen steuerfrei sind. Es haben die preussischen Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1910 rund 800 000 M. Steuern gezahlt. Das ist keine Summe, die für den Etat des preussischen Staates eine Rolle spielt. Es ist bei einem Umsatz von 1223 Millionen Mark jedoch eine Steuerleistung, bei der kein Mensch von ungerechtfertigter Bevorzugung der Konsumgenossenschaften reden kann. Die Ungerechtigkeit, die in dieser Besteuerung der Konsumvereine liegt, ist um so größer, als die bevorzugten Genossenschaftsgruppen bedeutend größere Umsätze haben als die Konsumvereine. Für die dem Reichsverband angeschlossenen preussischen Genossenschaften betrug die Summe des Warenbezugs 204 Millionen Mark und die des Warenabfahes 338,4 Millionen Mark. Zieht man nun die Umsätze der Zentralen ab, so ergibt sich für den Haupt- und für den Reichsverband eine Gesamtsumme von 431,6 Millionen Mark. Die Angaben über den Hauptverband gewerblicher Genossenschaften und den Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften stellen jedoch immer erst einen Teil der genossenschaftlichen Arbeit in Preußen dar. Es kommen noch hinzu die dem Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angeschlossenen Genossenschaften von Kleingewerbetreibenden usw. Es käme weiter die genossenschaftliche Arbeit des Bundes der Landwirte in Betracht. Leider ist das Zahlenmaterial nicht so vollständig, daß man einen Gesamtüberblick über die genossenschaftlichen Umsätze in Preußen gewinnen kann. Jedenfalls zeigt es sich jedoch für jeden Unbefangenen ganz klar, daß die wirtschaftlich viel bedeutungsvollere Arbeit der landwirtschaftlichen und anderen Genossenschaften von der Steuererhebung begünstigt wird, während die Konsumvereine mit hohen Steuern belegt werden. Das ist schon jetzt ein Mißbrauch der Steuerpolitik zu mittelhändlerischen Aktionen. Wird der Entwurf angenommen, was die organisierten Konsumenten mit aller Macht verhindern müssen, so wird diese Ungerechtigkeit noch gesteigert.

Sehr bemerkenswert ist, wie ein bekannter Steuertheoretiker, Dr. Strunk, Senatspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichtes, in einem Werke über „Die Neuordnung der direkten Steuern in Preußen“ zur Sache sich äußert. Er sagt in bezug auf die Besteuerung der Konsumvereine folgendes: „... Die Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abfall im Kleinen (Konsumvereine) gehören ebensowenig in die Gesellschafts- wie in die Einkommensteuer. Es ist noch weniger widersinnig, zu einer auf die

Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit gerichteten Steuer Personenmehrheiten ohne selbständige Rechtspersönlichkeit heranzuziehen, als sie, auch wenn sie gar nicht die Erzielung von Gewinn, sondern nur die wohlfeile Befriedigung von Lebensbedürfnissen ihrer Mitglieder bezwecken, einer Steuer nach dem Einkommen oder dem Geschäftsgewinn zu unterwerfen, und vollends gar die subjektive Steuerpflicht bei der Einkommensteuer davon abhängig machen, was für Gegenstände der Verein ein- und verkauft. . . . Bekanntlich stammt die Ziffer 5 des Einkommensteuergesetzes auch nicht aus einem Regierungsentwurf, sondern sie verdankt ihre Entstehung Initiativanträgen im Abgeordnetenhaus. Diese waren diktiert von Anschauungen, die letzten Endes darauf hinauslaufen würden, daß die Konsumenten nur dazu da sind, sich von dem gewerblichen Mittelstand nach dessen Belieben tributpflichtig machen zu lassen und deshalb nach Möglichkeit gehindert werden müssen, durch Selbsthilfe oder durch Einkauf in Warenhäusern ihre Lebensbedürfnisse zu billigeren Preisen zu befriedigen, als denen, die ihnen jeder glaubt machen zu müssen. Mächtig doch die extremen „Mittelstandsparteiler“ die Beamtenkonsumvereine sogar am liebsten vollständig unterdrücken mit der Motivierung, der Beamte erhalte sein Einkommen aus der Tasche der Steuerzahler, und es komme ihm deshalb nicht zu, durch Beteiligung an Konsumvereinen den gewerblichen Mittelstand zu schädigen. Als ob es sich um dem Beamten gewährte Almosen und nicht um einen so redlich und mühsam wie von irgendetwas anderem Beruf verdienten, noch dazu gewiß nicht überreichen Arbeitsertrag handelte, über den nach seinem Ermessen zu verfügen und ihn durch tunlichst billige Einkäufe so ausreichend wie möglich zu verwenden der Beamte genau so berechtigt ist wie irgend ein anderer, wie meinetwegen der Kleingewerbetreibende und Handwerker, und als ob endlich der gewerbliche Mittelstand identisch mit der die Beamtenbefolgungen aufbringenden Gesamtheit der Steuerzahler wäre. Jetzt wird ja mit Recht über die unverhältnismäßige Besteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse durch den Zwischenhandel geklagt. Vielleicht kommt man noch auf die Idee, den Viehhändlern, Fleischern, Wädern usw. mit Rücksicht auf ihr Gewerbe einen besonderen Einkommensteuereinzuschlag aufzuerlegen! Das wäre auch nicht viel anderes als die Heranziehung von Vereinen zum Absatz bestimmter Warengattungen mit Rücksicht darauf, daß sie den Absatz anderer Steuerpflichtiger beeinträchtigen! Wenn es so weiter geht, wie in den beiden letzten Jahrzehnten, ist noch gar nicht abzusehen, wozu man das Mittel der Besteuerung noch alles verwenden wird oder doch wird verwenden wollen.“

Auf wirtschaftliche Rücksichtlosigkeit und kraßesten Egoismus werden diese Ausführungen freilich ebensowenig Eindruck machen als ähnliche frühere von maßgebender Seite. Für die Öffentlichkeit und für die Gegner der brutalen Steuervergewaltigung der Arbeitergenossenschaften sind sie aber sicher äußerst wertvoll. Um so mehr, als Strunk nicht nur gegen die Sonderbesteuerung der Konsumvereine sich ausspricht, sondern gegen ihre Besteuerung überhaupt, und zwar aus sozialen Gründen. Er stellt sich auf den durchaus richtigen Standpunkt, daß Genossenschaften zur Versorgung und Verteilung der wichtigsten Bedarfsartikel der breiten Massen keine auf Erwerb gerichtete Unternehmungen sind. In den meisten deutschen Bundesstaaten müssen jedoch die Konsumvereine Staats- und Gemeindesteuern auf ihre „Reingewinne“ bezahlen, so gut wie jedes Privatgeschäft. Etwas anders lagen bisher die Verhältnisse in Preußen. Dort wurde mehr als wie andersorts ein Unterschied zwischen „Dividende“ und „Rabatt“ gemacht. Bestimmt ein Konsumverein in seinem Statut, daß den Mitgliedern unter allen Umständen ein fester Rabatt auf die entnommenen Waren zusteht, so ist dieser Rabatt steuerfrei, weil er am Jahresabschluss nicht als Reingewinn, sondern als Handlungsunkosten in den Geschäftsbüchern und -abschlüssen in die Erscheinung tritt. Dieser Rechtsbrauch wird durch eine Entscheidung des preussischen Obergerichtes für Steuerfachen gestützt, und die Konsumvereine haben sich ihm vielfach angepaßt, um einer ungerechtfertigten hohen Besteuerung zu entgehen. Sie verfahren genau so wie der Privathandel, der denselben Vorteil genießt und beansprucht. Das soll nun durch das neue Gesetz anders werden, das die Gerechtigkeit geradezu auf den Kopf stellt. Den Konsumvereinen soll der Steuervorteil genommen werden, für den Privathandel aber soll er weiter bestehen bleiben. Unerblümter kann man das Steuerunrecht gegen die Arbeitergenossenschaften nicht zum Ausdruck bringen.

H. F.

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Sprechende Zahlen — anreizende Argumente. Vor einiger Zeit war unser Parteiorgan in der französischen Schweiz, die „Sentinelle“ in Neuchâtel, in der Lage, an einem mustergerügten Beispiel die schamlose Ausbeutung der Arbeiterinnen in der Uhrenindustrie zu beleuchten. Die Zeigerfabrik „Univero“ in La Chaux-de-Fonds, die über 300 Arbeiterinnen beschäftigt, hatte ein Vermögen von 78000 Franken und ein Einkommen von nur 3000 Franken zur Besteuerung angemeldet. Die Steuerbehörde aber kam dahinter, daß dies Schwindel war, und setzte das Vermögen um 130000 Franken und das Einkommen um 7000 Franken höher an. Unser Bruderblatt weist nun nach, daß die einzelnen Teilhaber der Firma ein Vermögen von über 560000 Franken und ein Einkommen von 82100 Franken haben, so daß die Steuerbehörde erhebliche Nachzahlungen zu fordern hat. Die Quelle, aus der die Steuerbetrüger ihren Reichtum schöpfen, deckt folgende Aufstellung auf.

Es verdienen im Tag (in deutsche Währung umgerechnet):

43 Arbeiterinnen	0,78 bis 1,45 M.
75 „	1,60 „ 2,— „
54 „	2,10 „ 2,35 „
104 „	2,40 „ 2,72 „
25 „	3,20 „ 3,20 „
10 „	3,20 „ 4,50 „

Diese Hungerlöhne — man muß bedenken, daß in der französischen Schweiz die Lebenshaltung viel teurer ist als in deutschen Großstädten — erfahren noch eine grelle Beleuchtung durch die Tatsache, daß die 17 bis 18 Jahre alten Arbeiterinnen noch weniger erhalten, nämlich nur 80 Centimes, das heißt 64 Pf. im Tag, und daß die am höchsten entlohnerten Arbeiterinnen bereits über 50 Jahre alt und bis zu 37 Jahren in dem Arbeitszweig tätig sind. Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte zeigt auch in der „freien“ Schweiz die ganze Skrupellosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft.

Kinderarbeit.

Die Rechtsprechung auf dem Gebiete des gewerblichen Kinderschutzes ist der Gegenstand einer Abhandlung, die sich als Anhang in dem „Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes für 1911“ findet (Seite 155 bis 168). Sie führt den Titel: „Der subjektive Tatbestand bei Verletzungen der Arbeiterschutzgesetze“ und gibt eine Zusammenstellung der Auffassungen von Rechtsgelehrten und Rechtsprechungen über den Schutz der gewerblichen Kinderarbeit. Verfasserin ist die wissenschaftliche Hilfsarbeiterin der Gewerbeinspektion, Fräulein Dr. jur. Siquet. Die Arbeit wird den Kinderschutzkommissionen bei der Durchführung ihrer schweren Aufgabe gute Dienste leisten. Wir empfehlen sie daher der Aufmerksamkeit der Genossinnen.

mg.

Soziale Gesetzgebung.

Von der Wirkung des neuen Stellenvermittlungsgesetzes.

Die Landesstatistik Badens für das erste Halbjahr 1911 zeigt, daß sich die gewerbmäßigen Stellenvermittlungen seit Einführung der gesetzlichen Aufsicht im Oktober 1910 stark vermindert haben. Sie sind von 209 im Vorjahr auf 142 zurückgegangen, in den sechs Jahren von 1902 bis 1908 waren sie von 178 auf 229 angewachsen. Mannheim zählte noch 43, Karlsruhe 16, Freiburg 11 gewerbmäßige Stellenvermittlungen. Das neue Gesetz fordert für den Betrieb der Vermittlung eine behördliche Konzession, die versagt werden kann, wenn der Bewerber unzuverlässig ist, oder wenn am Orte ein Bedürfnis für den Stellennachweis nicht anerkannt wird. Die Geschäftsbücher werden besser kontrolliert, und die Festsetzung der Taxen für die Vermittlung geschieht durch dieselbe Behörde, der die Kontrolle zusteht, in Baden durch den Bezirksrat. Insbesondere hat die Herabsetzung der Taxen zur Verminderung der Nachweisbureaus beigetragen. Es läßt sich heute jedoch noch nicht übersehen, welche Wirkung das neue Gesetz auf den gesamten Geschäftsgang der gewerbmäßigen Arbeitsnachweise ausübt. Die früheren statistischen Feststellungen über die Arbeitsnachweise wurden für das ganze Jahr gemacht. Nach der vorliegenden amtlichen Statistik stellte sich Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften bei den gewerbmäßigen Stellenvermittlungen im ersten Halbjahr 1911 wie folgt:

Erstes Vierteljahr: 9075 Stellensuchende, davon 6987 weibliche; 8974 verlangte Arbeitskräfte, davon 7589 weibliche; 5668 vermittelte Stellen, davon 4664 für weibliche Personen.

Zweites Vierteljahr: 10654 Stellensuchende, davon 8809 weibliche; 11088 verlangte Arbeitskräfte, davon 9200 weibliche; 7082 vermittelte Stellen, davon 5777 für weibliche Personen.

Wie zahlreich sich gerade weibliche Arbeitsuchende an die gewerbmäßigen Stellenvermittlungen wenden, das geht aus den oben mitgeteilten Ziffern hervor, das bestätigt auch die folgende Tabelle vom zweiten Quartal 1911:

Berufe	Zahl der Stellensuchenden	Zahl der verlangten Arbeitskräfte	Zahl der vermittelten Stellen
Landwirtschaftliche Diensthöten	23	50	17
Fabrik- und gewerbliche Arbeiterinnen	4	—	—
Wirtschaftspersonal (Kellnerinnen, Wirtschaftsköchinnen und dergleichen)	4518	4640	8531
Pug- und Waschfrauen, Lauffrauen und dergleichen	184	218	174
Häusliche Diensthöten	8048	4012	1894
Ammen	6	8	1
Ladnerinnen, Buchhalterinnen und sonstige kaufmännische Gehilfeninnen	61	88	12
Sonstiges weibliches Personal	465	241	148
Zusammen weibliches Personal	8809	9200	5777

Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Baden stellen die Frauen verhältnismäßig kein so hohes Kontingent der Arbeitsuchenden. Die in Veitragt kommenden 18 Verbandsanstalten haben im September 1911 zusammen 11000 Stellen vermittelt, darunter 8904 an weibliche Personen; das Angebot betrug 26881 Arbeitsuchende, darunter 6618 weibliche Arbeitskräfte.

Es ist leider der Sozialdemokratie nicht gelungen, das Gesetz so zu gestalten, daß der Auswucherung der Arbeitsuchenden durch gewerbmäßige Stellensvermittler ein und für allemal ein Riegel vorgeschoben worden ist. Wie groß das Interesse der weiblichen Arbeitsuchenden daran ist, daß dies geschieht, zeigen die mitgeteilten Zahlen. Diese lassen aber auch erkennen, wie wichtig es im Interesse der erwerbstätigen Frauen ist — ganz besonders der Hausangestellten und häuslichen Arbeiterinnen —, daß wenigstens das mangelhafte Gesetz voll dem Schutze der weiblichen Arbeitsuchenden nutzbar gemacht wird.

Landarbeiterfrage.

Für 100 Mark kann sich ein Agrarier die roheste Mißhandlung einer kranken Landarbeiterin leisten. In Nr. 8 dieses Jahrganges berichteten wir über folgendes Beispiel von „Mutter-schutz auf dem Lande“. Auf dem Gut Milmersdorf bei Templin war die Frau eines Landarbeiters durch eine schwere Unterleibsoperation in ihrer Arbeitsfähigkeit äußerst beeinträchtigt. Sie kam deshalb nicht mehr so oft wie sonst zur Arbeit auf den Gutshof. An einem Tag im Sommer vorigen Jahres begegnete der Frau auf der Landstraße der Bruder des Gutsbesizers, der als Verwalter tätige Kurt Jßland. Er ritt dicht vor die Frau, schrie sie an, weshalb sie nicht öfter zur Arbeit komme, und hatte auf ihre Erklärung dafür die Antwort: „Paula Sau, faules Schwein, ich sch... auf eure Operation.“ Er ließ sein Pferd vor der Frau hoch aufbäumen, hieb ihr mit der Reitpeitsche einige Male über den Kopf. Dann sprang er vom Pferd, um der Bedauernswerten besser beikommen zu können, und schlug sie derart mit der Faust vor die Brust, daß sie rücklings in den Graben an einen Baum slog, wo sie liegen blieb. Wer weiß, was noch geschehen wäre, wenn sich nicht der Gemeindevorsteher eines benachbarten Ortes ins Mittel gelegt hätte, der mit seiner Tochter des Weges fuhr. Kurt Jßland war allerdings aufs höchste enttäuscht, daß man ihn in seinem Vergnügen zu stören wagte, und wies den eingreifenden Ortsvorsteher mit den Worten zurück: „Das gehe ihn gar nichts an, was hier geschehe.“ Eine Anzeige der Frau beim Gendarmerie hatte keinen Erfolg. Es sei nicht seine Sache, meinte der amtliche Hüter der Ordnung. Da wurde von anderer Seite eingegriffen und die Frau zur schriftlichen Anzeige und Stellung eines Strafantrags bei der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Daraufhin hatte der Prügelheld am 30. Januar dieses Jahres als Angellagter vor dem Schöffengericht in Templin zu erscheinen.

Kurt Jßland erschien im Gerichtssaal in seinem Pelz und mußte nicht wie gewöhnliches Volk auf der Anklagebank Platz nehmen, sondern durfte auf Wunsch seines Verteidigers sich vor den Schranken der Anklagebank aufstellen. Es war wohl mehr Feigheit als Scham über seine Tat, daß er möglichst alles zu leugnen versuchte. Soweit das Leugnen nichts nützte, machte der ritterliche Herr Notwehr geltend, Notwehr gegen eine kranke Frau von nahezu 50 Jahren! Das war selbst dem Gericht zu stark, denn ein Gutsbesitzer und ein

Oberförster als Schöffen angehörten. Der Verteidiger bot alles für seinen Schilling auf und führte als Milderungsgrund den Umstand an, die Mißhandlung sei doch nur eine Arbeiterin, der Angellagte aber der Dienstherr! Das Schöffengericht erkannte nach dem Antrag des Amtsanwalts auf eine Geldstrafe von 100 Mark. Als straffähigend hatte der Amtsanwalt eine Vorstrafe des agrarischen Herrenmenschen wegen einer ähnlichen Mißhandlung und seinen „Bildungsgrad“ geltend gemacht.

Der Richter hob in den Urteilsgründen hervor, der Angellagte habe ohne jede Veranlassung sich so benommen, wie es vielleicht vor 200 Jahren üblich gewesen sein möge, heute aber nicht mehr am Plage sei. Trotzdem der Angellagte bereits wegen Körperverletzung vorbestraft sei, habe er schon wieder in derartiger roher Weise gehandelt, daß man ihn mit einer erheblichen Geldstrafe belegen müsse. 100 M. hält nämlich der Richter für eine „erhebliche“ Geldstrafe. Für einen Proletarier ist es auch eine große Geldsumme, aber dem Herrn Verwalter, dem Bruder des Gutsbesizers, wird ihre Bezahlung kaum wehe tun. Was wäre wohl einem Proletarier geschehen, der sich der gleichen brutalen Mißhandlung einer Gutsbesizersfrau schuldig gemacht hätte? Immerhin war der Angellagte ziemlich enttäuscht, daß man ihn überhaupt zu verurteilen wagte. Er hatte offenbar seine gänzliche Freisprechung als selbstverständlich angesehen. Gerade vor ihm war ein anderer Prügelinspektor wegen Mißhandlung eines 62jährigen Kuhhirten mit der gelinden Geldstrafe von 25 M. davongekommen. So milde auch das Urteil ausgefallen ist, ist es doch von den Arbeitern des Gutes und der weiteren Umgebung mit großer Genugtuung aufgenommen worden. Der seine Herr ist hier als Rohling bekannt, dem der Stock oder die Reitpeitsche sehr locker in der Hand ligt. Ohne das Eingreifen von dritter Seite hätte freilich kein Hahn nach der rohen Mißhandlung gekräht. Die Landarbeiter müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sich durch Zusammenschluß eine menschliche Behandlung erkämpfen.

Frauenstimmrecht.

Das Eintreten der Sozialdemokratie im Reichstag für das Frauenwahlrecht. Kaum daß der neugewählte Reichstag seine Arbeiten begonnen hat, so ist auch die Sozialdemokratie getreu ihrem Wesen und ihrem Programm für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts eingetreten. In der ersten Rede, die zum Etat des Reichs gehalten wurde, erdönte eindringlich die Forderung des Frauenwahlrechts. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Frank, erklärte:

„Wir verlangen, was das Wahlrecht betrifft, daß auch die Frauen hier im Hause Sitz und Stimme bekommen (Lachen rechts); daß sie das aktive und passive Wahlrecht erhalten. (Wiederholtes Lachen rechts.) Von Ihrem Lachen, meine Herren, werden die Frauen im Reich Kenntnis nehmen. Glauben Sie nicht, daß Sie damit Ehre einlegen. Mehr als einer von Ihnen ligt hier auf Grund der Wastarbeit von Frauen, und die Frauen werden gern hören, wie dankbar Sie sich dafür erweisen. Es wäre im letzten Reichstag ganz gewiß von Nutzen gewesen, wenn bei der Besprechung der Mutterschutzfrage und bei der Frage der Wöchnerinnenunterstützung Frauen hätten mitreden dürfen. Nachdem durch die moderne Entwicklung die Frauen aus dem Hause in die Kontore und Fabriken getrieben worden sind, ist es einfach ein Gebot historischer Notwendigkeit und Gerechtigkeit, daß man den Frauen Gelegenheit gibt, hier ihre Wünsche an die Gesetzgebung selbst mit zu vertreten.“

Wir verlangen aber auch, daß das erweiterte Wahlrecht auf die Landtage, vor allem auf den preussischen Landtag ausgedehnt wird. Die Reform des preussischen Wahlrechts ist längst eine deutsche Frage geworden, und gerade jetzt zeigt sich, wie zeitgemäß unsere Forderung ist.“

Diese Ausführungen haben auch nicht bei einem einzigen der Reichstoten ein Echo gefunden, die als Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien nach unserem Genossen zum Wort gekommen sind. Kein fortschrittlicher Volksparteiler hat es der Mühe wert erachtet, der Interessen und Rechtsforderungen der Frauen zu gedenken. In allen Tönen schwiegen darüber die namentlichen „vollen und ganzen“ Linksliberalen, die während des Wahlkampfes den Frauenrechtlerinnen wohlwollend zugelächelt haben. Freilich werden die Herren aus der Zweideutigkeit des Schweigens herausgezwungen werden und Farbe bekennen müssen. Unter den sozialdemokratischen Anträgen, die staatsrechtliche Reformen heißen, befinden sich zwei, die für volles politisches Frauenrecht eintreten.

Der eine Antrag fordert für die Reichstagswahlen das Verhältniswahlssystem, das Stattfinden der Wahlen an einem Sonn- oder Feiertag, Gleichartigkeit der Wahlsurnen und das Frauen-

wahlrecht. Ein baldigst dem Reichstag zu unterbreitender Gesetzentwurf der Regierung soll darüber bestimmen, daß „den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern“. Der andere sozialdemokratische Antrag will die Volksvertretung in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen auf demokratische Grundlage stellen. Nach ihm soll Artikel III der Verfassung des Deutschen Reichs folgenden Zusatz erhalten: „In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.“ — Wenn diese beiden Anträge zur Verhandlung kommen, so wird sich zeigen, ob all die Liberalen frauenrechtlerisch pfeifen, die im Wahlkampf frauenrechtlerisch den Mund gespißt haben. Wer das glaubt, zahlt einen Taler.

Die englische Arbeiterpartei für das allgemeine Frauenwahlrecht. Dem zwölften Parteitag der englischen Arbeiterpartei, der Ende Januar in Birmingham getagt hat, lag ein Antrag vor, welcher besagte, daß keine Wahlrechtserweiterung annehmbar sei, die nicht auch der Gesamtheit des weiblichen Geschlechts das Wahlrecht gebe. Dieser Antrag lehnte sich gegen die angekündigte Regierungsbill zu einer Wahlrechtsreform, die das politische Recht der Männer erweitern soll, ohne daß sie den Frauen ihre Gleichberechtigung zuerkennt. Gegen eine solche unvollständige Demokratisierung wenden sich bekanntlich die Suffragettes. Der reaktionären Unterströmung in ihren Reihen entsprechend allerdings nicht in der richtigen Weise, indem sie das allgemeine Frauenwahlrecht fordern. Nein, diese sonderbaren Heiligen der Frauensache bringen es fertig, in einem Atem ein altes Unrecht zu brandmarken und ein neues zu begehren und zu preisen. Sie verlangen bekanntlich das Frauenwahlrecht „schlecht-hin“ und wollen sich mit der reaktionären Spottgeburt des beschränkten Damenwahlrechts der sogenannten „Versöhnungsbill“ begnügen. Leider haben verschiedene Führer der „Arbeiterpartei“ wiederholt der Einführung eines Geldsackwahlrechts für die Frauen zugestimmt und damit die Beschlüsse ihrer eigenen Partei mißachtet, die sich wieder und wieder für das Wahlrecht aller Grobjährigen ohne Unterschied des Geschlechts ausgesprochen hatte. Aus diesen Irrungen und Wirrungen sollte der oben angeführte Antrag führen. Er soll die Mitglieder der „Arbeiterpartei“ binden, um der Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts ihre Zustimmung zu geben, aber auch umgekehrt jede Bill zurückzuweisen, die nicht diese Reform bringt, mag sie eine noch so wichtige Erweiterung des Rechtes der Männer bringen. Diese letztere Bedeutung mit ihren Konsequenzen veranlaßte die Vertreter der organisierten Vergarbeiter, sich gegen den Antrag zu lehnen. Sie erklärten, daß sie für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts seien, aber an der Verwirklichung der Forderung nicht die Demokratisierung der Rechte der Männer scheitern lassen wollten. So zu handeln sei im Hinblick auf das Frauenrecht selbst unklug, denn dieses gewinne mit dem erweiterten Recht der Männer mehr zuverlässige Verteidiger. Die Mehrheit der Delegierten war jedoch der Meinung, die „Arbeiterpartei“ könne durch eine unbeugsame Haltung im Sinne des Antrags einen starken Druck im Parlament ausüben und dadurch das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter erobern helfen. Der Antrag wurde mit 919000 gegen 686000 Stimmen angenommen, deren Gros die Vergarbeiter stellten. Dem Beschluß gemäß vertreten die Mitglieder der Arbeiterpartei bei Demonstrationen für das Frauenwahlrecht den Grundsatz „allen Frauen eine Stimme oder keine“. Damit hat hoffentlich alles Liebäugeln mit dem beschränkten Damenwahlrecht ein Ende.

Das Frauenwahlrecht zu dem Bundesparlament der Vereinigten Staaten hat Genosse Viktor Berger, der einzige sozialistische Abgeordnete dieser gesetzgebenden Körperschaft, in einer besonderen Vorlage gefordert. Ein Zusatz zu der Verfassung der Union soll danach festlegen, daß keiner Person auf Grund des Geschlechts das Wahlrecht verweigert werden darf. Die Vorlage wird durch eine Massenpetition unterstützt, zu der die sozialistische Partei die Unterschriften sammelt. Diese ist auch in den Vereinigten Staaten von allen politischen Parteien die einzige, die geschlossen und energisch für das Frauenwahlrecht eintritt.

Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Frauen als Staatsbeamte in Norwegen. Wir haben bereits früher von dem Gesetzentwurf berichtet, der den Frauen das Recht zuerkennen wollte, unter den gleichen Bedingungen wie die Männer

Staatsämter zu bekleiden, ausgenommen Ministerposten, geistliche, diplomatische, militärische und konsulare Stellen. Der Odelsthing hat im Januar diesem Gesetzentwurf zugestimmt.

Eine **besoldete Wohnungsinспекторin** ist im Oktober letzten Jahres für die Amtshauptmannschaft Auerbach in Sachsen ernannt worden. Die neue Beamtin war früher von den Unternehmern der Dresdener Zigarrenindustrie als Kontrolleurin für die Heimarbeit angestellt. In dieser ihrer Haupttätigkeit hat sie gewiß reiche Gelegenheit gehabt, das Wohnungswesen kennen zu lernen.

Frauenbewegung.

Die Art der **Zentrumsagitation unter den Frauen** konnte man in **Necklinghausen** gut studieren. Während des Wahlkampfes hat dort im Januar die Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ die erste Frauenversammlung abgehalten. Das nämliche Zentrum, das bis vor kurzen Jahren Mordio schrie und alle Eide schwor, daß die Frau ihre Interessen auf das Haus und den Kochtopf beschränken müsse! Die Zeiten ändern sich. Die Furcht vor der Aufklärung, welche die Sozialdemokratie unter die Proletarierinnen trägt, läßt die hier lokale Schutztruppe der Zoll- und Steuerwucherer und Scharfmacher nun selbst tun, was sie den „Roten“ als Schändlichkeit angerechnet hat. Die Necklinghauser Frauenversammlung wurde von Herrn Professor Wildermann geleitet. Frau Niebach-Düffelhoff war Referentin. Die Dame gab einen Überblick über die Entwicklung der Frauenarbeit, natürlich ohne dabei der kapitalistischen Ausbeutung an den Karkern zu fahren und von Hungerlöhnen zu reden. Bei der Erörterung der Verufe, zu denen die bürgerlichen Frauen drängen, befürwortete sie namentlich die ärztliche Tätigkeit und behauptete, daß katholische Ärztinnen ganz besonders gewissenhaft sein würden. Die Begründung dafür blieb Frau Niebach schuldig. Politische Schaltung der Frauen will sie im Interesse des Mannes und der Kinder gelten lassen. Zur Frage des Frauenwahlrechtes stellte sie sich abwartend: „wenn es komme, so würden die Katholikinnen es zu nutzen wissen“. Sie hielt sich damit im großen ganzen an das Programm der hier lokalen Frauenorganisation in Düsseldorf, deren sie auch rühmend gedachte. Die Rednerin ließ übrigens keinen Zweifel darüber, daß die Erfolge der sozialdemokratischen Frauenbewegung die Katholikinnen zur Nachlieferung zwingen. Ein großer Teil des Vortrags bestand aus den kindlichen Mäpchen und den albernen, zusammengelagerten Geschichten, mit denen das Zentrum seine Schäflein vor der +++ Sozialdemokratie grüßelig zu machen sucht. Unsere Zeit und der Raum der „Gleichheit“ sind uns zu wertvoll, um all den niederträchtigen Tratsch wiederzugeben, der sich dreist mit den Produkten des Reichsverbandes messen kann. Nur so viel, daß die Sozialdemokraten in Barcelona nicht nur ein Kloster mit vierzehn Schwestern verbrannt haben sollen, sondern hindendrein noch in einem besonderen Autodafé die mit Petroleum begossenen Leichen der frommen Frauen. Die deutsche Sozialdemokratie aber hat 45000 Franken nach Barcelona geschickt. Gemißhandelte Geistliche, ausgeraubte Klöster, aufgespießte Kinder, alle möglichen Schrecknisse in Rußland, Spanien, Portugal und Frankreich ließ der Rednerinematograph der Frau Niebach vor den entsetzten Zuhörerinnen als Werke der Sozialdemokratie vorübergleiten. Katholische Frauen, heißt die Sozialdemokraten aus dem Felde schlagen, ehe es in Deutschland zu solchen Greueln kommt, das war die Schlusspointe. Die Versammlung war von gegen 100 Frauen besucht, unter denen es kaum Proletarierinnen gab. Diskussion fand nicht statt. Professor Wildermann forderte nach dem Vortrag die Zuhörerinnen auf, für das Zentrum und auch für die Sozialdemokratie zu beten, vielleicht würden sich die anwesenden „Genossinnen“ befehen. Genossin Endmann war während der Versammlung Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit, die sie dem lebhaften Tun einer Frau Deming zu verdanken hatte, ihres Zeichens Gemüsehändlerin. „Kielet, jetzt lacht sie!“ „Jetzt schreiet sie!“ Mit solchen Ausrufen lenkte die brave die Blide der Damen auf die Genossin. Den Höhepunkt erreichte das dieser gewidmete Interesse, als auf der Rednertribüne das Wort „Genossinnen“ fiel. „Hier sitzt sie!“ schmetterte Frau Deming triumphierend heraus, und aller Augen flogen der lebhaftigen Sozialdemokratin zu. Nach Schluß der Versammlung wurden einige Genossinnen bis auf den Marktplatz von einer ganzen Prozession Zentrumsdamen begleitet, die sich die bequeme Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten, so nahe Verwandte des Gottseidenns zu begaffen. So geschehen im Jahre des Heils 1912, zu dem Zivede, die katholischen Frauen politisch zu schulen. Heilige Einfalt! a. n.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Betlin (Bundes), Wilhelmstraße, Post Fegerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.